

Dezember 2016

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen

GE W 163

Zeitung für alle Beschäftigten an Schulen in Gelsenkirchen und Gladbeck

Gestern gegen 22.30 Uhr...

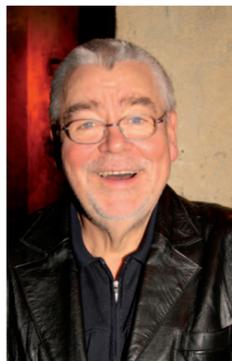


Einladung

zur Jahreshauptversammlung mit Grünkohlessen
am Freitag, dem 17. Februar 2017 um 18:00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen

Referent: Professor Heinz Bontrup, Fachhochschule Gelsenkirchen



Auf ein Wort!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Als erstes möchte ich Ihnen allen einen friedlichen Weihnachtsfest und alles Gute im Neuen Jahr wünschen. Ich möchte Ihnen danken, dass Sie die Arbeit unserer Gewerkschaft unterstützt und uns durch aufmunternde Worte aber auch konstruktive Kritik unterstützt haben. Dieser

Dank gilt besonders all denen, die unsere Arbeit im zurückliegenden Personalratswahlkampf ermöglicht haben und die dann in ihrer Schulform der Liste der GEW das Vertrauen geschenkt haben.

Im kommenden Jahr brauchen wir wieder die Unterstützung der ganzen Organisation. **Tarifverhandlungen** stehen an.

Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gilt es, in der aktuellen Tarifrunde für die Beschäftigten der Bundesländer ein akzeptables Tarifergebnis zu erreichen. Ob es dazu zu Arbeitskampfaktionen kommen wird, hängt letztlich davon ab, wie sich die Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, verhält.

Diese Tarifrunde ist aber auch eine Gelegenheit für die GEW ihre Forderungen nach Abschluss einer Lehrerentgeltordnung (LEGO) voranzutreiben.

Es hat zwar 2015 einen Abschluss zwischen der TDL und dem Beamtenbund gegeben, diesem konnte die GEW jedoch nicht beitreten, er schaffte nur Ruhe für die Arbeitgeber, für die Beschäftigten aber nur minimale Verbesserungen, teilweise sogar Verschlechterungen.

Die GEW ist in Fragen zur Entgeltordnung nicht in der Friedenspflicht, wir wollen die Arbeitgeber zu Verhandlungen zwingen, wohl wissend, dass dieses nicht ohne Kampfmaßnahmen gehen wird. Wenn wir entschlossen zusammenstehen, bin ich ganz sicher: „Alles ist möglich.“

Karl-Heinz Mrosek

Ergebnisse der Personalratswahlen

Dem GEW-Stadtverband ist die Personalratsarbeit sehr wichtig. Wir unterstützen die Personalratsmitglieder aller Schulformen durch Fortbildungen, durch Literatur und durch kollegiale Ratschläge. Deshalb war uns auch die Personalratswahl im zurückliegenden Jahr sehr wichtig. Wir haben beide Stadtverbandszeitungen GE-W 161 und GE-W 162 als Material in diesem Wahlkampf konzipiert.

Begeistert sind wir über das Wahlergebnis des örtlichen Personalrats Grundschule. Unter der Leitung von Lothar Jackstein haben wir mit knapp 79 % das beste Wahlergebnis in Gelsenkirchen aller Zeiten eingefahren. Und das bei einer Wahlbeteiligung von etwa 77 %. Die Wahlbeteiligung war jedoch bezogen auf alle Schulformen und alle Regionen unseres Landes eher bescheiden. Lag sie doch vielfach unter 40 %.

Wir freuen uns, dass wir im Hauptschulpersonalrat mit Elfi Jonton weiterhin die Vorsitzende stellen. Das gilt auch für den Gesamtschulpersonalrat. Dieser konnte seine Mehrheit behaupten.

Im Personalrat Förderschulen gab es einen zusätzlichen Sitz. Hier ist die GEW die Nummer eins.

Im Personalrat Berufskolleg konnten die Sitze verteidigt werden. Im Personalrat Realschule stellen wir erfreulicherweise zum ersten Mal überhaupt den Vorsitz im Personalrat. Verluste mussten wir letztendlich im Gymnasialpersonalrat einstecken und das sowohl im Bezirkspersonalrat Münster als auch im Hauptpersonalrat. Es gilt in den nächsten Wochen weiterhin, diese Ergebnisse akribisch auszuwerten. Verluste fuhr die GEW unter anderem ein, weil konkurrierende freie Listen Wähler an sich zogen. Da wäre einmal SCHALL zu nennen. Hier konnte man sicherlich „Protestwähler“ gewinnen, junge angestellte Lehrerinnen und Lehrer, die mit den Tarifergebnissen der Gewerkschaften nicht zufrieden sind. Letztendlich können die Tarifergebnisse aber nur in und gemeinsam mit den Gewerkschaften verbessert werden. Von SCHALL war weder bei den Tarifverhandlungen noch bei den Arbeitskämp-

fen und Demonstrationen irgendetwas zu sehen. Wer SCHALL gewählt hat, hat seiner Sache nichts genützt, sondern geschadet. Es geht darum, die Gewerkschaft zu stärken und nicht zu schwächen.

Eine andere freie Liste, ist die Liste der Korrektur-Lehrerinnen. Aus Gesprächen mit jungen Kolleginnen und Kollegen speziell vom Gymnasium weiß ich, dass sie enttäuscht sind, weil die GEW ihrer Meinung nach zu wenig tut, um zu verhindern, dass die Lehrerinnen und Lehrer speziell am Gymnasium immer mehr an die Grenzen ihrer physischen Leistungsfähigkeit gedrängt werden.

Der Stress hört nicht auf, er wird zum Dauerstress. Wir müssen als GEW diese Protestwähler ernst nehmen und in der Tat dafür sorgen, der Ministerin klar zu machen, dass sie keine Flatrate auf die Arbeitskraft von Lehrerinnen und Lehrern hat.

Karl-Heinz Mrosek



Stadtverbandsvorsitzende Britta Logermann gratuliert Christiane Tönges zu ihrer Wahl in den Bezirkspersonalrat Förderschulen und heißt sie auch als Vertreterin der Fachgruppe Förderschulen im Stadtverbandsvorstand herzlich willkommen.

Einsicht

Als sie mich in die Gewerkschaft holen wollten, war mir das Geld zu schade:

"Ich bin lieber nach Mallorca gefahren"!

Als sie mit mir über die Krise diskutieren wollten, war mir die Zeit zu schade:

"Ich mußte dringend meinen Wagen reparieren"!

Als sie mich für den Streik gewinnen wollten, war ich mir selbst zu schade:

"Ich habe auf eine höhere Lohnstufe gehofft"!

Heute habe ich viel Zeit zum Diskutieren:

"Ich bin arbeitslos"!

Stadtverband Gelsenkirchen

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Termin:

Freitag, 17. Februar 2017

um 18:00 Uhr

Ort:

**DGB-Haus der Jugend,
Gabelsbergerstraße 12,
45879 Gelsenkirchen**

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW sind, sowie über die Gladbecker. Der Stadtverband lädt alle Kolleginnen und Kollegen auf dieser Versammlung zu Grünkohl und Getränken ein.

Anmeldung (wäre hilfreich)
bitte bis **01.02.2017**.

Tagesordnung:

1. Regularien

Kassenbericht/Entlastung des Kassierers
Tätigkeitsbericht (TTIP/CETA, Personalratswahlen)

2. Gemeinsames Abendbrot

3. Referat von Professor Heinz Bontrup , Fachhochschule Gelsenkirchen

Thema: Aktuelle volkswirtschaftliche bzw. betriebswirtschaftlichen Fragen

Stichworte: Neoliberalismus, internationale Finanzmärkte, Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Analyse der wirtschaftspolitischen Vorgaben der Großen Koalition.
Dauer 45 Minuten mit Aussprache



Professor Heinz Bontrup

ist Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer an der Fachhochschule Gelsenkirchen, Mitglied der Arbeitsgruppe "Alternative Wirtschaftspolitik", Mitglied der IG Metall und kann auf eine mehrjährige Praxis als Arbeitsdirektor in einem Unternehmen der Stahlindustrie verweisen.

4. Verschiedenes

Inhalt

Auf ein Wort / Inhalt, Ergebnisse der Personalratswahlen	2
Einladung zur Jahreshauptversammlung	3
Rechenschaftsbericht Inklusion als Ideologie?	4-6
Rat wählte Annette Berg zur neuen Bildungsdezernentin	6
Schulsituation von Migrantenkindern in Gelsenkirchen Horster Appell	7
Gelsenkirchener Klassen haben mehr Schüler als empfohlen Schritt in die richtige Richtung "Gute Schule 2020"	8
Das Schul-Desaster oder Die endlose Geschichte der Reformfummellei	9-10
Predigt von Pastor Heising zum 1. Mai 2016	10-11
Die Macht der Zahlen	12-13
Gelsenkirchen: Der Häuserkampf Gemeinsame Erklärung der kanadischen Gewerkschaften zu CETA	14-19 20
IGB kritisiert Freihandel mit afrikanischen Staaten	21
Wenn die Schulleitung zum Gespräch bittet... Information zur Beihilfe:	22
Elternzeit und Beurlaubung Schulleitung- Beförderung	23
Jubilarehrung 25 und 40 Jahre Mietglied in der GEW	24

Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2016

Die letzte Jahreshauptversammlung fand am
19.02.2016 im DGB Haus der Jugend statt.

Die Anzahl der Mitglieder insgesamt 1227
Gelsenkirchen 1044, Gladbeck 183

**Im Berichtszeitraum fanden
8 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:**

- Terminplanung/Finanzplanung, Kassenbericht, Haushaltsplan
- Zusammenarbeit STV Gelsenkirchen und OV Gladbeck
- Vorbereitung JHV 17.02.2017 im DGB-Haus der Jugend
- Besonderes Thema: TTIP, Kinderarmut, Qualitätsoffensive, Inklusion
- Teilnahme am Gewerkschaftstag 2016
- Planung und Durchführung von Vertrauensleuteschulungen am 8 März und 11.Mai 2016.
- Unterstützung einer DGB-Aktion in der Flüchtlingsarbeit (Patenschaften)
- Zusammenarbeit mit Personalräten und Schwerbehindertenvertretungen
- Beratung und organisatorische Unterstützung bei Rechtsschutzfällen.
- Zusammenarbeit mit Personalräten und Schwerbehindertenvertretungen
- Beratung und organisatorische Unterstützung bei Rechtsschutzfällen.
- Teilnahme an 3 Untergliederungsversammlungen
- Vorbereitung auf die Tarifrunde 2017
- Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt
 - JHV am 27.02.2015 im DGB-Haus der Jugend
 - Vertrauensleuteschulung am 8. März und am 9. Mai.2016
 - Inklusion - Segeln im Sturm ohne Kompass?
 - Was Schulen in GE brauchen 01.06.2016
 - DGB HdJ Schwerbehindertenvertretungen
- Jubilarehrung am 11.11.2017 mit Kabarett
- Personalratswahlkampf
- Im Berichtszeitraum wurden Tarifinformationen, GEW Infos, Material zu Lego, Info der Personalräte, Wahlkampfmaterialien, Kalender und Broschüren zu verschiedenen Themen an die jeweiligen Schulformen versandt.
- Der Stadtverband nahm an den Vorstandssitzungen des DGB Emscher / Lippe teil und beteiligte sich an der Maikundgebung.

Der Stadtverband trat bei Amtsantritt der LAA im Seminar in Erscheinung. Pressearbeit /Stadtverbandszeitungen GE-W161, GE-W 162 Extra, GE-W 163

Der Vorstand



**Stadtverbandsvorsitzender Lothar Jacksteit dankt
Murat Merzioglu, Grundschule an der Erdrüggelstraße für
seinen großartigen Einsatz bei der Werbung neuer Mitglieder.
50 Aufnahmen in 2 Jahren. Weiterso Murat!**

JAHRBUCH für PÄDAGOGIK 2015 Inklusion als Ideologie?

Seit einigen Jahren beherrscht das Thema Inklusion Land auf – Land ab die bildungspolitische Diskussion in der Gewerkschaft, in den Parteien, in den Lehrerzimmern. Kritik, die in diesen Diskussionen laut wird, richtet sich zumeist gegen die fehlenden Ressourcen. Da beklagen sich Kommunen, dass sie die zusätzlichen Kosten nicht schultern können, da melden sich Lehrerinnen und Lehrer zu Wort, die auf die große Belastung im Unterricht hinweisen, die sie nun zusätzlich zu leisten haben. Dabei gerät die wissenschaftliche Diskussion zu dieser Frage in den Hintergrund. Ich hatte in dieser Zeitung zuletzt im August 2013 auf den Aufsatz von Professor R. Dollase „Grenzen der Inklusion“ hingewiesen. Nun fiel mir das JAHRBUCH für PÄDAGOGIK 2015 in die Hände.

Titel: Inklusion als Ideologie. Aus 351 Seiten finden wir eine Sammlung von Aufsätzen, die sich aus wissenschaftlicher Sicht kritisch mit der „Inklusionsbewegung“ auseinandersetzen. So schreiben die Herausgeber Sven Kluge, Andrea Liesner und Edgar Weiß im Editorial:

- „...nichts desto weniger lässt die aktuelle Inklusionsrhetorik vermuten, dass durch sie die Umsetzung emanzipatorischer Anliegen de facto erschwert wird, ...“
- „...die inklusionspädagogischen Konzepte weisen Widersprüche auf, die durch die offizielle Inklusionsrhetorik allenfalls vernebelt werden. Die für die Inklusionspädagogik charakteristischen Forderungen nach ‚Individualisierung‘ und ‚Heterogenitätssensibilität‘ werden vor dem Hintergrund gleichzeitiger Standardisierung und der uneingeschränkter Akzeptanz der Selektionsfunktion der Schule faktisch zur Farce.“

- „Die Tatsache, dass sich Inklusion hervorragend zum neoliberalen Sparmodell eignet, bzw. die Einbettung spezifischer Fördereinrichtungen und die umstandslose Überantwortung deren vormaliger Aufgaben an die Regelschulen kostensparend ist, ist geeignet, die humanitären Ansprüche der Inklusionspädagogik als fragwürdig erscheinen zu lassen.“ Die Inklusionsdebatte stilisiert die Inklusion und problematisiert sie im Sinne einer Allumfassungs-Illusion und zum vermeintlichen Wert an sich.
- „Die Debatte über Inklusion (würde) im Mainstream auf wenig mehr hinauslaufen, als die Einpassung in das bestehende System bis an die Grenze der Zumutbarkeit für alle Beteiligten.“

Inklusion in Gelsenkirchen, „Gelsenkirchener Weg“

Nach einem einführenden Referat der Gewerkschaftssekretärin, Fauke Rütter, GEW-Landesverband zum Thema, Erhebung der GEW an Nordrheinwestfälischen Schulen, leitete Gerd Weidemann eine Podiumsdiskussion. Teilnehmer: die Herren Dr. Beck, Südholt, Dombrowski sowie Frau Astrid Schenk.

Diese Podiumsdiskussion war offen. Es wurde kontrovers diskutiert. Herr Dr. Beck und Herr Südholt stellten den Gelsenkirchener Weg vor:

Es geht nicht um die Quantität sondern um die Qualität der Arbeit am Kind. Folgendes erschien dem Protokollanten wichtig, festgehalten zu werden: Im Raum Buer gibt es keine LB-Schule mehr, aber eine Hauptschule. Diese Hauptschule ist Inklusionsschule. Die Grundschule Pfefferackerstraße ist inzwischen auch Inklusionsschule. Südlich der Emscher haben 2 LB-Schulen Bestand. (Antonius und Malteser). Es laufen noch mit voller Jahrgangszahl 3 Hauptschulen mit voller Jahrgangszahl. Zwei davon, (Grillo und Emma), sind Inklusionsschulen.

Auszug aus der Niederschrift der Vorstandssitzung des GEW Stadtverbandes Gelsenkirchen vom 01.06.16 im DGB Jugendheim, Gabelsberger Str.12, Gelsenkirchen

Karl-Heinz Dammer ist mit einem Aufsatz vertreten:

„Gegensätze ziehen sich an – Gemeinsamkeiten zwischen Inklusion und Neoliberalismus“

Einen Absatz überschreibt er

„Das Hochamt des Individuums“.

Er spricht von der „neuen Lernkultur“ und formuliert dann wie folgt, dass dieser Erziehungsversuch – sei es schulisch oder durch flächendeckende Propaganda – Früchte trägt belegt u. a. die „Optimized-Self“-Bewegung derer, die ihren Lebenswandel in möglichst jeder Hinsicht selbst digital kontrollieren, um „optimal aufgestellt“ zu sein. Unabhängig davon, wie bunt Inklusion ihre rhetorischen Gir-

landen um das Individuum flechten mag, ist sie im Rahmen „neuer Lernkultur“, vorsichtig formuliert, dazu angetan, eben dieses Individuum neoliberal auf Linie zu bringen.

Sie leistet damit für die Formierung des „unternehmerischen Selbst“ mindestens genauso viel, wenn nicht mehr, als die standardisierte Kompetenzmessung, denn diese kann nur den Grad der Erfüllung bestimmter Vorgaben zu Protokoll geben, während die „neue Lernkultur“ bei der Veränderung der Individuen selbst ansetzt.

PISA dient dazu, von außen künstliche Wettbewerbe (vgl. Binswanger 2010) zu inszenieren und damit das Bildungssystem als Ganzes im Sinne neoliberaler Dauerreform zu mobilisieren, dies kann aber langfristig nur dann gelingen, wenn gleichzeitig auch die einzelnen Menschen durch Erziehung zur Selbststeuerung mobilisiert werden. Knapp gesagt: Die von Foucault vorgedachte und von Deleuze so bezeichnete „Kontrollgesellschaft“, in der Fremdbestimmung sich als Selbstbestimmung artikuliert, braucht Inklusion, was vielleicht auch erklären mag, warum ein theoretisch so schwach begründeter Begriff wie „Inklusion“ in, verglichen mit früheren Bildungsreformprozessen, atemberaubender Geschwindigkeit und Betriebsamkeit in die Praxis umgesetzt wird.

Das Buch ist erschienen bei
PETER LANG, Edition.
20,00 € die sich lohnen. Für
Studenten und Referendare
besteht auch die Möglichkeit,
dieses Buch beim Stadtverband
auszuleihen.



Zum Schluss

noch eine Leseprobe aus dem Aufsatz von Edgar Weiß:

Inklusionsideologie und pädagogische Realität.

Vor allem aber ist es für die Inklusionspädagogik kennzeichnend, dass sie die Einsicht: „Die Gesellschaft, die Ausgrenzung bewirkt, muss selbst verändert werden, wenn denn Ausgrenzung überwunden werden soll“ (Kronauer 2010, S. 134) unbeachtet lässt. Der Umstand, dass soziale Asymmetrien, damit immer auch Formen sozialer Exklusion, dem Kapitalismus wessensgemäß sind und dass sozialstrukturelle bzw. klassen- und schichtenbedingte Ungleichheiten nicht durch inklusionspädagogische Innovationen überwunden werden, bleibt zugunsten idealistischer Appelle unreflektiert. Unreflektiert bleibt damit zugleich dass idealistische Inklusionspädagogik mit den kapitalistischen Bedingungen nicht nur kompatibel bleibt (vgl. Dammer 2011, S. 27; Bernhard 2012, S. 344 ff.), sondern für deren Verschleierung geradezu in Dienst genommen werden kann. Es ist kein Zufall, dass der neoliberale Kapitalismus sich die „Heterogenität als Chance“-Konjunktur im Zuge von „Management Diversity“ zunutze macht (vgl. Stroot 2007), der Bertelsmann-Konzern „Inklusion“ „zu seinem Anliegen“ erhoben hat (Bernhard 2012, S. 346) und die Vereinbarkeit der Inklusionspädagogik mit der schulischen Selektionsfunktion betont wird, die eben zum „marktwirtschaftlich-demokratischen System“ gehöre, „das in partiell hierarchische Organisationen strukturiert ist“ (Prengel 2011, S. 38).

Darauf, dass die populär gewordene Inklusionsrhetorik unter

dem Anspruch der Menschenfreundlichkeit eine wenig menschenfreundlich beschaffene Realität ideologisch kaschiert, verweisen verschiedene Fakten. Angesichts des Umstandes, dass die bestmögliche Förderung besonders Förderbedürftiger durch inklusive Schulen deren – sich faktisch keineswegs abzeichnende – bessere Ausstattung mit den erforderlichen Ressourcen erforderte, lässt sich der bildungspolitisch verfügte Inklusionszwang als Versuch begreifen, „die Austeritätspolitik im Bildungsbereich unter einem humanen Deckmantel fortzuführen“ (Bernhard 2012, S. 348). Mithin verschleiert die inklusionskonstitutive Individualisierungs- Euphorie die Tatsache, dass sich das ihr zugrunde liegende Begriffsverständnis einer bestimmten semantischen Zurichtung bedient. Individualisierung ist insoweit ein „widersprüchlicher Prozeß der Vergesellschaftung“, als sie nicht nur den emanzipatorischen Auf- und Ausbruch aus traditionellen Gegebenheiten bedeuten kann, sondern auch den Umstand benennt, dass Menschen heute „verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen“ sind (Beck 1986, S. 119, 116). Individualisierung heißt insofern, dass Systemprobleme „in persönliches Versagen abgewandelt“ werden (ebd., S. 118).

Karl-Heinz Mrosek



Karl Heinz Mrosek dankt dem frisch gebackenen Pensionär Gerd Weidemann für seinen Einsatz als Vorsitzender des örtlichen Personalrates Förderschulen bis 2008 und für seinen Vorsitz im Hauptpersonalrat bis Juli 2016. Die Arbeit des GEW-Landesverbandes in Sachen Inklusion trägt seine Handschrift.

Rat wählte Annette Berg zur neuen Bildungsdezernentin

WAZ vom 8.07.201 Politik



Foto: Ulrich von Born

Annette Berg ist vom Rat der Stadt Gelsenkirchen am Donnerstag zum neuen Vorstand für den Bereich Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration

Gelsenkirchen. Die Stadt Gelsenkirchen hat einen neuen Vorstand für den Bereich Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration.

Der Rat entschied sich in seiner Sitzung am Donnerstag in geheimer Abstimmung mit 41:17-Stimmen bei einer Enthaltung für Annette Berg (49, SPD) und damit für die von der Findungskommission empfohlene Kandidatin, die derzeit noch als Leiterin des Essener Jugendamtes arbeitet.

Ihr Widerpart bei der Wahl war – wie berichtet – der Grüne Stadtverordnete

David Fischer (42), den seine Fraktion als Anwärter ins Rennen um die Nachfolge von Stadtdirektor Dr. Manfred Beck (65, Grüne) schickte, der Ende September nach dann zwei Wahlzeiten (insgesamt 16 Jahre) in den Ruhestand gehen wird.

Jüngste Jugendamtsleiterin

Vor ihrem Engagement in der Nachbarstadt arbeitete die neue Dezernentin bereits als Jugendamtsleiterin im rheinischen Monheim. Bemerkenswert: In der Stadt, die bundesweit eher durch ihre niedrigen Hebesätze im Bereich der Gewerbesteuer bekannt ist, wurde sie einst mit 32 Jahren die jüngste Jugendamtsleiterin bundesweit.

Zuvor hatte Annette Berg in ihrer Heimatstadt Wuppertal nach dem Sozialpädagogikstudium ein Stadtteilzentrum für Jugendliche aufgebaut.

Auf die Arbeit in Gelsenkirchen freut sich Berg und sagte auch in Richtung Grüne und CDU, die für Fischer votierten: „Ich bin zuversichtlich das Kompetenz, Transparenz und Kooperation uns zusammenführen werden.“

Friedhelm Pothoff

Rat wählte Annette Berg zur neuen Bildungsdezernentin | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf: <http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/rat-waehlte-annette-berg-zur-neuen-bildungsdezernentin-id11987538.html#plx825450813>

Schulsituation von Migrantenkindern in Gelsenkirchen

Kontaktgespräch mit der Beigeordneten, Frau Berg

Nach dem Willen der Bildungsministerin Löhrmann sollen Integrationsklassen für schulpflichtige Flüchtlinge wegfallen. Die Kinder und Jugendlichen sollen stattdessen direkt in den Regelunterricht geschickt werden.

In dem Erlass heißt es: „Klassenbildungen mit ausschließlich neu zugewanderten Schülern sollen vermieden werden.“

Schauen wir uns für die Schulen in Gelsenkirchen an, wie sich die Situation zahlenmäßig darstellt. (Grundlage GESI 2015/2016)

Im vergangenen Schuljahr gab es in Gelsenkirchen insgesamt 1586 Schüler, die in insgesamt 98 Klassen beschult wurden. Alle Schulformen waren beteiligt.

(Aktuell sind es 2265 Kinder und Jugendliche.)

Ohne diese 1586 Schüler betrug die Gesamtschülerzahl in Gelsenkirchen 36946. Davon hatten 21417 einen Migrationshintergrund. Das sind 58 %. Wären die Flüchtlingskinder direkt in Regelklassen „gesteckt“ worden, wären es 60 % gewesen. Wohlgedacht, es handelt sich um Durchschnittswerte. An den einzelnen Schulen und in einzelnen Klassen, besonders im Grund-, Haupt- oder Gesamtschulbereich, könnten sich diese Prozentsätze durchaus der 100%-Marke annähern.

Die Schüler mit Migrationshintergrund, die Regelklassen besuchen, verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Schulformen:

GS	63,1 %	GY	46,1 %
HS	71,7 %	GES	47,4 %
RS	65,7 %	SEK	57,6 %

Was bedeutet das in der Unterrichtspraxis?

Die Flüchtlingskinder werden sofort in den Regelunterricht geschickt. Das heißt Kinder, die kein Wort Deutsch können, und teilweise auch noch nicht alphabetisiert sind, sollen dem Lerngeschehen in der Klasse folgen. Was das bedeutet, kann man sich leicht denken. Die Flüchtlingskinder werden trotz fast immer vorhandenem guten Willen vollkommen überfordert sein und irgendwann anfangen sich irgendwie zu beschäftigen, was den Unterricht stören und den Lernfortschritt aller Kinder beeinträchtigt wird.

Was heißt dies für Lehrer?

Ein nicht zur sprachlichen Bildung ausgebildeter Mathematiklehrer bekommt plötzlich die Aufgabe Flüchtlingskindern im Fach Mathematik Deutsch beizubringen, während er zweifelt versucht den anderen Kindern die Prozentrechnung zu erklären, was auch der Bildungsministerin Schwierigkeiten bereiten könnte.

Vor dem Hintergrund der Löhrmannschen „Reformvorschläge und der o. a. Zahlen in Gelsenkirchen führte der Gelsenkirchener Grundschulpersonalrat ein erstes Kontaktgespräch mit der Beigeordneten, Frau Berg.

An diesem Gespräch nahm auch ich als GEW-Vorsitzender teil. Mein Eindruck: Frau Berg ist eine sehr engagierte sachkompetente Frau die zuhören kann.

Die Quintessenz des Gespräches lässt sich in drei Sätzen darstellen auf die man sich einigte:

1. Wer Ungleiches gleichbehandelt vergrößert die Ungerechtigkeit.
2. Sagen was ist, machen was geht.
3. Der Wegfall von Vorbereitungsklassen bedeutet für Gelsenkirchen Rückschritt.

Karl-Heinz Mrosek



Horster Appell

Im zurückliegenden Jahrzehnt sind die Belastungen für Gelsenkirchener Schulen enorm gestiegen. Diverse Aufgaben und Herausforderungen (Probleme) gehen über die Belastungsgrenze hinaus und gefährden die Gesundheit unserer Pädagoginnen und Pädagogen. Wir appellieren deshalb an die, in unserem Lande, für Bildung Verantwortlichen durch Entlastungsmaßnahmen und Anreize die pädagogische Arbeit an Gelsenkirchener Schulen wieder attraktiv zu machen.

1. Entlastungsmaßnahmen

- a) personelle, sächliche und materielle Unterstützung
- b) im Rahmen der Unterrichtsverpflichtung eine Organisationsstunde pro Unterrichtstag
- c) altersermäßigungsunschädliche Teilzeit in Höhe von 10% der Unterrichtsverpflichtung
- d) Altersermäßigung ab 50 in den Schritten ab 50: - 1 UE; ab 55:- 3 UE; ab 60: - 6 UE; ab 63: - 10 UE

2. Anreize

- a) ruhegehaltfähige Erschwerniszulage
- b) abschlagsfreie Pensionierung vor dem 67. Lebensjahr; pro geleistetem Dienstjahr einen Monat früher
- c) Präventionsangebote zum Erhalt der Gesundheit

Gelsenkirchener Klassen haben mehr Schüler als empfohlen

Gelsenkirchen. Dass nicht mehr Klassen gebildet wurden, obwohl es laut Richtzahl möglich wäre, habe viele Ursachen, sagt die Stadt.

Der Klassenzahl und vor allem der Zahl der Schüler je Klasse an Gelsenkirchener Grundschulen galt die Anfrage der CDU im Bildungsausschuss. Denn: Viele Klassen in den Grundschulen sind größer als empfohlen. Das gilt auch für jene, in denen gemeinsames Lernen praktiziert wird. Dabei hätten in Gelsenkirchen durchaus mehr Eingangsklassen gebildet werden dürfen. 102 Klassen maximal für die 2414 Erstklässler, die Ende August 2016 an Grundschulen lernten, wären erlaubt. Geplant waren – Stand Januar 2016 – 94 Klassen, de facto sind es nun 97.

Dass nicht mehr Klassen gebildet wurden, obwohl es laut Richtzahl, die von 23 Kindern je Klasse als Berechnungsgrundlage ausgeht, möglich wäre, habe viele Ursachen, betonte die Verwaltung. Zum einen passe der Schulwunsch der Eltern nicht unbedingt zur optimalen Schülerverteilung. Zum anderen sei die Raumsituation an vielen Grundschulen so beengt, dass die Einrichtung weiterer Klassen angesichts vieler internationaler Förderklassen nicht mehr möglich sei. Und zum Dritten sei auch die Lehrerversorgung nicht so, dass Schulen mehr Klassen, für die es ja auch mehr Lehrer bräuchte, einrichten könnten.

„Die Anzahl der Schüler in Klassen, in denen Gemeinsames Lernen stattfindet, ist im Detail weder beim Schulamt noch bei der Schulverwaltung bekannt“, heißt es in der Antwort. Die Zahlen werden nun ermittelt. Ein Nicht-Wissen, das für Unmut bei der CDU sorgte.

Sibylle Raudies



Foto: Michael Kleinrensing

Viele Schulen in Gelsenkirchen verfügen nicht über ausreichend Raumkapazitäten und auch die Versorgung mit Lehrern ist ein Hindernisgrund.

Gelsenkirchener Klassen haben mehr Schüler als empfohlen | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf: <http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/gelsenkirchener-klassen-haben-mehr-schueler-als-empfohlen-id12220775.html#plx1167384699>



DGB Bundesvorstand

Schulen bei der Digitalisierung finanziell unterstützen? Ein richtiger Schritt des Bundesbildungsministeriums. Aber das kann nur ein Teil einer Bildungsstrategie sein – es gibt noch ganz andere drängende Probleme: www.dgb.de/-/h4q

Schritt in die richtige Richtung

GEW begrüßt Programm „Gute Schule 2020“

Nach bald jahrzehntelangem Kampf, haben die Gewerkschaften und Verbände das Gefühl endlich gehört worden zu sein. Hoffentlich nicht nur wegen der anstehenden Wahlen!

Die Gebäudesubstanz, Schallschutz in Fluren und Klassenräumen und vor allem die Toilettenanlagen für Kinder / Jugendliche und Beschäftigte sind schon lange an vielen Standorten sanierungsbedürftig. Zwar hat die Stadt Gelsenkirchen mit ihren geringen Mitteln größtmögliches versucht, kann jetzt aber erst richtig klotzen!

Der Bundeszuschuss der schwarz-roten Bundesregierung zur Digitalisierung der Bildungseinrichtungen kommt gerade recht, weil somit die Mittel für die „Gute Schule 2020“ überwiegend zur Verbesserung der Gebäudesubstanz verwendet werden können. Gut so! Denn schöne und ansprechende Räumlichkeiten fördern das Lern- und Arbeitsklima. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung! Weiter so!

Lothar Jacksteit

Das Schul-Desaster oder Die endlose Geschichte der Reformfummelei

Bernd Matzkowski

Eine Erlebnisschilderung als Einleitung:

Vor ein paar Tagen las ich eine Hausaufgabe meines Sohnes Felix (3. Grundschuljahr) im Fach Deutsch. Es waren ein paar Sätze zu schreiben, die Fragen zu einem kleinen Text beantworten sollten. Die Sätze von Felix umfassten rund 30 Wörter, von denen gut die Hälfte falsch geschrieben war. Unter seinem Aufsatz lachte ein fröhlicher Stempelaufdruck, der den Anschein erweckte, die Hausaufgabe sei kontrolliert worden. Ich wunderte mich natürlich, dass kein Fehler angestrichen bzw. keine Korrektur vorgenommen worden war, denn immerhin werden im 3. Schuljahr schon Diktate geschrieben, die benotet werden.

Am Elternabend brachte ich meine Verwunderung zum Ausdruck – und meine Verwunderung steigerte sich zur Fassungslosigkeit. Die Lehrerin hatte die Hausaufgaben nicht kontrolliert. Es gibt aber einen Hausaufgabendienst. Das sind Mitschülerinnen und Mitschüler aus der Klasse, die herumgehen und kontrollieren, ob die Hausaufgaben gemacht sind. Steht etwas im Heft, gibt es den fröhlichen Stempeldruck. Ob das gequirter Unsinn ist, was da im Heft steht, können die Kontrolleure natürlich nicht beurteilen und schon überhaupt nicht korrigieren – wie sollten sie auch. Meine Frage an die Lehrkraft, ob es nicht möglich sei, im Wechsel zwischen Deutsch, Mathematik und Sachkunde die Hausaufgaben zu kontrollieren, wurde mit Verweis auf die Arbeitsbelastung verneint. Meine Frage, ob es denn nicht möglich sei, regelmäßig wenigstens drei bis vier Hefte nachzuschauen, wurde mit schweigendem Lächeln pariert.

Die aktuelle Debatte um G8/G9

Ganz so lang ist es nicht mehr bis zur nächsten Landtagswahl in NRW. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass, neben anderen Streitpunkten innerhalb der Regierungskoalition, auch das Thema Schule wieder nach vorne rückt. Nachdem die grüne Schulministerin über Monate starrsinnig am G-8-Konzept, das sie handwerklich schlecht organisiert eingeführt hat, das aber natürlich verbessert werden sollte, festgehalten hat, kommt sie jetzt mit der Idee einer völlig flexibilisierten Oberstufe um die Ecke, wogegen der Koalitionspartner SPD gleichzeitig einen Eiertanz um die Frage G8 oder G9 aufführt.

Nur zur Erinnerung: Das G-8-Modell basiert auf einer Entscheidung der CDU-FDP-Vorgänger-Landesregierung und war bzw. ist das Wunschmodell der Industrieverbände gewesen (wie etwa BDI), die mit propagandistischem Dauerfeuer gefordert hatten, die Schulzeit zu verkürzen und die jungen Leute schneller reif für den Arbeitsmarkt zu machen. Diese Forde-

rungen wurden bildungspolitisch im Kontext der Entwicklungen nach PISA unterfüttert mit Begriffen wie „Output-Orientierung“, „Kompetenzorientierung“, „autonomes Lernen“ und „schüleraktivierender Unterricht“. Drastisch formuliert: durch eine Verkürzung der Schulzeit bei gleichzeitiger Senkung der Anforderungen ist die Zielvorgabe zu erreichen, mehr Schülerinnen und Schüler als je zuvor zu Bildungsabschlüssen zu führen, wobei gleichzeitig die Durchschnittsnoten, wiederum beim Abitur, zu heben und die Quote der Sitzenbleiber und der Schüler ohne Abschluss zu senken ist. Dieses Ziel wurde übrigens erreicht: immer mehr Schülerinnen und Schüler machen mit immer besserem Notendurchschnitt Abitur; die Zahl der Abiturienten mit einem 1er-Abi wächst seit Jahren.

Dass in der Konsequenz die Klagen der Universitäten über studierunfähige Erstsemester wachsen und deshalb vermehrt „Prä-Exzellenz-Kurse“ angeboten werden müssen, in denen den Neustudenten fachlich und methodisch auf die Sprünge geholfen wird, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Machen wir ´mal eine einfache Rechnung: Peter geht zum G8-Gymnasium und macht mit 17 sein Abitur, er bekommt also das „Zeugnis der Reife“! Mama und Papa begleiten ihn zur Uni, damit der reife Peter sich einschreiben kann (weil er noch nicht volljährig ist, müssen die Eltern Unterschriften leisten). Peter ist fleißig. Er studiert eifrig und macht nach 6 Semestern seinen Bachelor-Abschluss. Peter ist jetzt gerade mal 20 geworden, steht aber dem Arbeitsmarkt bereits zur Verfügung – jedenfalls von den Papiervoraussetzungen her.

Ob er eine Persönlichkeit ist, über Lebenserfahrung, Selbstbewusstsein und Selbsterkenntnis verfügt, mag einmal dahin gestellt sein (das ist auch bei G-9 nicht gewährleistet), aber immerhin hat er die Aussicht, jetzt etwa 50 Jahre zur Arbeit zu gehen. Da hat sich das eine Jahr der Schulzeitverkürzung doch wirklich für ihn gelohnt, oder?

Letztlich ist der Streit um G8 oder G9 nur der Streit um ein Oberflächenphänomen – im Kern geht es um die Aushöhlung und Verflachung dessen, was einmal Bildung hieß, also die Aneignung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die – mit dem Alter wachsende – Möglichkeit und Fähigkeit, komplexer und komplizierter werdende Strukturen, Phänomene und Probleme zu erkennen, zu erfassen und zu durchdringen. Bildung aber auch als Fähigkeit, sich aktiv mit sich selbst, seinen Mitmenschen und der Gesellschaft auseinanderzusetzen und zur demokratischen Teilhabe in der Lage zu sein, einen Standpunkt beziehen und Auffassungen anderer beurteilen zu können. Kurz: befähigt zu sein, eine reflektierte Position in der dingli-

chen und geistigen Welt einnehmen zu können.

Dass einer solchen Entwicklung eine verkürzte (besser: zusammengestauchte) Schulzeit, die noch dazu sozialen Aktivitäten (Sport, Pflege von Freundschaften, Ausleben und Entwickeln von Interessen, ehrenamtliche Tätigkeit) ebenso abträglich ist wie eine Punkte-Jagd in einem modularen Studium, das das Hineinschnuppern in andere Fächer und Themen und somit den Zugriff auf den in Theorien geronnenen Wissens- und Erfahrungsschatz der Menschen erschwert, liegt auf der Hand.

Die Rückkehr zu G9 wird also nur dann zu einem echten Fortschritt, wenn damit gleichzeitig eine Rückbesinnung einsetzt auf das, was Bildung auf dem Weg zur Reife wirklich bedeuten soll.

Der Grundschüler als Thekenfachkraft

Felix, mein Sohn im 3. Grundschuljahr, ist jetzt übrigens so eine Art Thekenfachkraft – eine Mischung aus Wirt und

Kellner. Er lernt nämlich in diesen Tagen etwas über Fledermäuse – mit Hilfe der Methode der Lerntheke. Das bedeutet, dass zwanzig verschiedene Arbeitsblätter zum Thema „Fledermaus“ gestapelt wie auf einer Kneipen- oder Ladentheke nebeneinander angeordnet sind. Von den zwanzig Arbeitsblättern sollen mindestens 8 von den Schülern selbstständig bearbeitet werden. Wer ein Arbeitsblatt vollständig bearbeitet hat, ist für das jeweilige Thema „Experte“, den die anderen um Hilfe bitten können. Also in etwa so, als ob man den Barkeeper um Rat bei der Auswahl des Cocktails bittet oder nach der Rezeptur des Getränkes fragt: Thekenfachkraft eben. Da sage noch einer, Schule bereite nicht aufs Leben vor!

Erschienen am 19. September 2016 von
Bernd Matzkowski Thema Uncategorized in **Herrkules**

Predigt von Pastor Heising zum 1. Mai 2016



**1. Mai „Tag der Arbeit“
ökumenischen Gottesdienst am 01.5.2016
zum Start der Maide-
monstration am
Musiktheater
Predigt von
Pastor Dieter Heising**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder,

im August werden die 23.olympischen Spiele eröffnet. Viele freuen sich auf sportliche Höchstleistungen. Rekorde werden gebrochen. Und das seit so vielen Jahren. Sportliche Rekorde wurden damals in Griechenland auch zu Ehren der Götter angestrebt. Man war es ihnen schuldig – so fand man.

Das braucht es in Rio nicht mehr. Wir sind heute doch aufgeklärte Menschen und brauchen deshalb keine Götter mehr. Aber die Rekorde, die werden und wollen wir weiterhin produzieren. Und auch wir Deutschen werden dabei sicher gut abschneiden – denn die bisherigen Ergebnisse dieses Jahres deuten auf neue Rekorde hin:

Kaltschnäuzig über Jahre alle Umweltbestimmungen durch technische Manipulation zu umgehen – das muss uns erst mal jemand nachmachen. Ein Werk, das gut verdient zu schließen, das mag nicht fair sein – aber egal: die Regeln erlauben es ja

Und sich vor der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben zu drücken –ja, warum nicht? Wer sind denn schließlich die Spitzenkräfte? Und die trainieren eben lieber in Panama als bei uns!

Aber nicht dass Ihr etwa auf die Idee kommt, solche Höchstleistungen schlicht als Schweinereien zu bewerten – nein, solche Rekorde werden schließlich zu Ehren der Götter angestrebt.

Offensichtlich sind die Götter eben doch noch nicht abgeschafft – sie heißen nur anders heute. Sie haben andere Namen – aber was von Olympia bis Rio gleich geblieben ist, das sind zwei Dinge: die Götter sind selbst gemacht und sie erfordern eben Opfer.

Eine alte Erfahrung, die die Menschen seit tausenden von Jahren ins Nachdenken gebracht hat. „Kein Mensch kann sich seine Götter selbst machen; was dabei herauskommt, sind keine Götter (Jer.16,20)“, so beschreiben uns Menschen in der Bibel ihre Erkenntnis. Also sie erkannten damals schon: was die Menschen selbst geschaffen haben, das kann niemals Göttlichkeit beanspruchen. Und vor allem: meistens werden die kleinen Leute getäuscht, denn diese selbst geschaffenen Götter bestehen oft aus Geld, Gold und ähnlichem und sie nehmen oft Formen an, bei denen Widerspruch zwecklos erscheint – denn es handelt sich dabei quasi um eine naturgesetzliche Stärke, nach dem Motto: So tickt die Welt eben – Alternativen gibt es nicht.

Und auch wenn Menschen immer wieder an diesen selbstgemachten Göttern zweifelten, weil sie eben die meisten Menschen unterdrücken und sie aussaugen; immer wieder fiel man darauf rein – so wie es in der Bibel berichtet wird:“ Trotzdem luden die Leute von Efraim auch weiterhin Schuld auf sich: Sie machten aus ihrem Silber Götzenbilder, ein Werk von Menschenhänden. Sie sagten: 'Wer Gott Opfer darbringen will, muss die Stiere küssen (Hos.13,2)“ Und was hier in diesem Bild so altertümelnd ausgedrückt ist – sind wir heute denn wirklich weiter? Dieselgate, Vaillant und Panamapapers ; was sind das denn eigentlich anderes als Opferzeremonien für Götter, die wir

uns selbst geschaffen haben und noch viel schlimmer, deren Macht vielen als naturgegeben erscheint: so tickt die Welt eben und Alternativen gibt es nicht.

Aber die Macht dieser Götter wird nur so lange bestehen, wie wir es zulassen. Denn menschengemachte Götter – seien sie aus wirklichen Edelmetallen oder nur in der Form von Regeln, die das Leben dem Profit und der Ansammlung von Reichtum auf Kosten vieler Menschen unterordnen – diese Götter sind zu stürzen. Sie dürfen eben keine göttliche Macht beanspruchen – sie sind eben Götter und nicht Gott.

So eine Unterscheidung zwischen Göttern und Gott: sie ist ganz einfach – und sie ist uns in der Bibel von Gott überliefert, wenn es heißt:“ Gott hat dich wissen lassen, Mensch, was gut ist und was er von dir erwartet: halte dich an das Recht, sei menschlich zu den Mitmenschen und lebe in steter Verbindung zu Gott (Micha 6,8)“.

Götter fordern Opfer und Unterordnung – Gott erwartet Recht und Mitmenschlichkeit. Recht und Mitmenschlichkeit: das gilt allen Menschen – nicht nur denen mit Geld und Einfluss, nicht nur weißen Europäern, sondern das gilt auch für Geflohene, für schwarze Menschen, für Menschen anderen Glaubens und für Menschen mit allen sexuellen Ausrichtungen.

Aber das, was hoffentlich hier unter uns klar ist, das wird ja inzwischen wieder im alten Ungeist von rechts außen in Frage gestellt.

Wenn wir uns da nicht früh genug wehren, dann wird es womöglich verdammt schnell vorbei sein mit Maifeiertagen wie diesem und mit einem Motto wie heute:“ Zeit für mehr Solidarität“.

Denn wer Minarette verbieten will, dem wird es auch nicht schwerfallen, demnächst Kirchtürme verbieten zu wollen oder Gottesdienste wie diesen hier zu verhindern. Und wer die Sorgen der Menschen dazu benutzt, Ängste zu schüren, den Rassismus zu fördern oder gewaltbereite Rechte zu ermutigen: der zerstört Solidarität und spaltet die Gesellschaft.

„Zeit für mehr Solidarität“ - die kommt nicht einfach so oder nur, weil der DGB es fordert.

Nein, Solidarität will erstritten und gelebt werden. Es geht dabei um eine wirkliche Solidarität. Nicht um eine vorgekäufte – also eine, die Solidarität sagt, aber Ausgrenzung meint, eine, die von Recht redet und genau dieses aber vielen vorenthalten will.

Schießbefehl und Zäune – Religionsverbot und sexuelle Unterdrückung – Privatisierung der Lebensrisiken und das Wiederbeleben von Nationalismus:

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder, das ist politisch ausgedrückt Rückschritt, ist Reaktion und das ist christlich ausgedrückt: Götzendienst. Und ganz egal welcher Zugang Euch jeweils näher liegt – eins ist klar: das dürfen wir nicht zulassen.

„Zeit für mehr Solidarität“ – oder anders formuliert: „Zeit für mehr Geschwisterlichkeit“ - ja, es ist höchste Zeit und zwar sowohl in unseren Wirtschaftsstrukturen, in denen auf das Recht und die Gerechtigkeit oft genug gepfiffen wird und in denen der Götze Gewinnmaximierung immer noch auf dem Thron sitzt aber ebenso auch in unseren gesellschaftlichen Strukturen, in denen Mitmenschlichkeit als Schwäche

und Sozialklimo geschmählt wird und in denen der Götze „Was geht mich das an?“ immer noch auf dem Thron sitzt Ja, es ist eben so: Götzen fordern Opfer und Unterordnung – da gehen Freiheit und Solidarität in die Binsen.

Gott aber erwartet Recht und Mitmenschlichkeit, denn wie hieß es noch in der Bibel:

Gott hat dich wissen lassen, Mensch, was gut ist und was er von dir erwartet: Halte dich an das Recht, sei menschlich zu deinen Mitmenschen und lebe in steter Verbindung mit deinem Gott!

Ich finde, das könnte doch ein Motto sein, um das alte olympische Motto wiederzubeleben: „Dabei sein ist alles“ Und wenn uns dann der Satz „Halte dich an das Recht, sei menschlich zu deinen Mitmenschen und lebe in steter Verbindung mit deinem Gott!;

wenn uns diese Erwartung dann in den Disziplinen Solidarität und Gerechtigkeit zu Höchstleistungen anspricht – dann hätten wir eine Olympiade, die nicht nur alle vier Jahre im Sport aufflackert, sondern dann hätten wir sie wirklich in uns und bei uns verankert.

Und dann gäbe es eine Goldmedaille, die in Gold oder Geld niemals aufzuwiegen ist, denn dieser Wettbewerb geschieht nicht zu Ehren von Göttern, sondern zur Ehre Gottes, denn Ihr wisst ja:

„Gott hat dich wissen lassen, Mensch, was gut ist und was er von dir erwartet: Halte dich an das Recht, sei menschlich zu deinen Mitmenschen und lebe in steter Verbindung mit deinem Gott! „

Amen! Oder übersetzt: so soll es sein!



Karin Müller und Anne Winnen aus der GEW- Geschäftsstelle

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88 **Tel.:** 0209 513759
45899 Gelsenkirchen **Fax:** 0209 514207

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de
E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 09:00 - 12:00 Uhr

Die Macht der Zahlen

Gelsenkirchen ist mit aktuell 260.368 Einwohnern keine kleine Stadt. In der Tabelle der größten deutschen Städte liegt sie auf Platz 25. In NRW auf Platz 10 und im Ruhrgebiet hinter Dortmund, Essen, Duisburg und Bochum auf dem fünften Platz. Glaubt man den Äußerungen von Politik, Verwaltung und Medien, dann ist die Stadt auf einem guten Weg. Ein Blick auf die Zahlen und Fakten ergibt allerdings ein anderes Bild. Bei der neuesten Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Kinderarmut bildet Gelsenkirchen wieder das Schlusslicht, und der Anteil armer Kinder liegt hier bei 38,5 Prozent. 16.414 junge Menschen leben in Familien, die Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz beziehen. Noch dramatischer ist die Situation der Kinder unter drei Jahren, denn hier ist fast jedes zweite Kind betroffen. Die Studie kommt auf einen Wert von 42,8 Prozent, und ähnlich ist es bei den Dreis- bis Sechsjährigen mit einem Wert von 42,6 Prozent. Seit der letzten Untersuchung 2011 gab es einen Anstieg der Kinderarmut um 5,8 Prozent, während landesweit nur 0,3 Prozent dazu kamen. Damit liegt Gelsenkirchen erneut auf dem letzten Platz in NRW. Im bevölkerungsreichsten Bundesland liegt der Armuts-Durchschnitt bei 18,6 Prozent der Heranwachsenden, bundesweit sind es 14,7 Prozent.

Kultur der Armut

„Die Studie vergleicht die Entwicklung zwischen 2011 und 2016. Das ist genau der Zeitraum, in dem die starke Zuwanderung aus Südosteuropa auch nach Gelsenkirchen stattgefunden hat“, erklärt Oberbürgermeister Frank Baranowski in der Lokalausgabe der WAZ. „Wir benötigen ausreichend Plätze in Kitas und im offenen Ganztage, damit Alleinerziehende arbeiten gehen können. Wir müssen endlich in den sozialen Arbeitsmarkt einsteigen, damit Menschen nicht von Hartz-IV abhängig sind.“ Auch wenn man die Steigerung komplett der Zuwanderung zurechnet, bleiben noch 32,7 Prozent Kinderarmut übrig. Die politischen Erklärungen gleichen den Äußerungen von 2012 bei der letzten Studie, und auch damals wurde eine stärkere finanzielle Unterstützung des Bundes gefordert. Das Ergebnis ist bekannt, und geändert hat sich wenig. Dabei ist die SPD in NRW und in Berlin seit Jahren in der Regierung. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat die Parole „Kein Kind zurücklassen“ zum wichtigen Bestandteil ihrer Politik erhoben: „Kein Kind zurücklassen ist ein Erfolg, und wir wollen die vorbeugende Politik in Nordrhein-Westfalen fortsetzen“, hat sie vor einigen Wochen angekündigt. 2012 wurde „Kein Kind zurücklassen“ (KeKiz) gestartet, und 18 Kommunen von Bielefeld bis Düren haben sich beteiligt. Mit einer intensiven „Präventionskette“ von der Schwangerschaft bis zum Eintritt ins Berufsleben sollte alles besser werden. Die Realität ist leider eine andere, denn in Nordrhein-Westfalen verschlechterte sich in den vergangenen fünf Jahren die Situation für Kinder aus prekären Lebensverhältnissen. Selbst in den 13 größten der 18 Modellkommunen sind mehr als 180.000 Kinder von Armut betroffen. Arm bleibt immer noch arm. Das sind düstere Aussichten für die Zukunft der Kinder und damit auch für die betroffenen Regionen.

Eine Investition in die Zukunft bedeutet, dass ausreichend Geld für die Bildung und vor allem für die Schulen ausgegeben wird. Der Bundesschnitt pro Grundschüler und Jahr liegt

derzeit bei 5.600 Euro. Der Stadtstaat Hamburg gibt pro Jahr 8.700 Euro für jeden Schüler aus. NRW investiert nur 4.800 Euro, und kein Bundesland hat weniger für seine Grundschüler übrig. Auch der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss liegt über dem Durchschnitt, mit regionalen Unterschieden. Der Sozialbericht NRW kommt hier zu einem eindeutigen Ergebnis: „Während in Gelsenkirchen gut jeder zehnte Schulabgänger 2014 keinen Hauptschulabschluss erlangt hat (10,6 %), traf dies im Kreis Warendorf auf gut jeden dreißigsten zu (3,4 %)“

Nirgendwo sonst in Deutschland ist das Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Arbeitslosen so ungünstig wie bei uns“, sagte Rainer Lipka schon 2013. „Jede vierte Familie in Gelsenkirchen bekommt Hartz IV, viele davon seit Jahren“. Im letzten Jahr ist der Leiter des Jobcenters in Gelsenkirchen in den Ruhestand gegangen. Geändert hat sich die Situation in der Stadt nicht, und Gelsenkirchen führt die bundesweite Statistik weiter mit 14,9 Prozent Arbeitslosigkeit an. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bleibt seit Jahren etwa auf dem gleichen Stand, und im letzten Jahr hat die IHK 76.272 Jobs gezählt. Davon entfallen 74 Prozent auf den Bereich Dienst

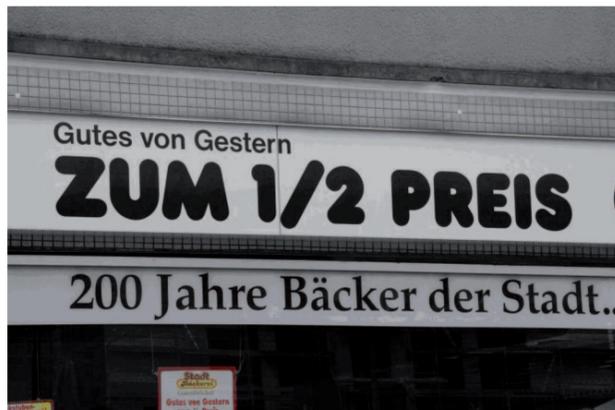


Foto: Voregger

leistungen. Der Umsatz von Industrie und produzierendem Gewerbe hat in Gelsenkirchen weiter abgenommen und ist 2015 um 5,2 Prozent gesunken. Gelsenkirchen ist auch die Stadt der sogenannten Aufstocker, also der arbeitenden Menschen, die nicht von ihrem Gehalt leben können und zusätzlich Leistungen vom Jobcenter bekommen. Nach einer Studie der Universität Essen arbeiten Menschen, die ihren Lohn aufstocken müssen, vor allem im Handel, in der Gastronomie, im Gesundheits- und Sozialwesen. In Gelsenkirchen sind aktuell 7.356 Menschen sogenannte Aufstocker, also Minijobber, Geringverdiener und Selbständige, deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl um 2,9 Prozent gestiegen. Dagegen ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker bundesweit in den vergangenen Jahren etwa gleichgeblieben. Im Prinzip findet hier eine Subventionierung von Unternehmen statt, die ihre Mitarbeiter nicht vernünftig bezahlen.

„Kinder in Armut können ihre Lebenssituation nicht selbst ändern. Deshalb hat der Staat hier eine besondere Verantwortung. Kinderarmut in Deutschland darf sich nicht weiter festigen.“ – Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung

Arbeitsplätze mit höheren Qualifikationsanforderungen gehen in Gelsenkirchen weiter verloren, wie die bevorstehen-

de Schließung des Vaillant-Werks mit rund 200 Beschäftigten deutlich macht. Es entstehen zwar auch neue Stellen im Bereich der Gastronomie und der Logistik, aber hier gibt es eine deutlich niedrigere Entlohnung, und die notwendige Qualifikation ist weitaus geringer. Das drückt sich dann auch in den wirtschaftlichen Kerndaten aus. Frankfurt am Main hat mit 86.203 Euro bundesweit das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Gelsenkirchen kommt dagegen auf 30.237 Euro. In NRW liegen Düsseldorf mit 69.706 Euro und Bonn mit 61.766 Euro weit vorne. Das wirkt sich auf die Steuereinnahmen aus, und die Mainmetropole liegt mit 1.566 Euro beim Dreifachen der Einnahmen von Gelsenkirchen mit 490 Euro pro Einwohner im Jahr. Innerhalb Nordrhein-Westfalens gibt es deutliche Einkommensunterschiede. Am höchsten war das verfügbare Einkommen 2013 im Kreis Olpe mit 26.631 Euro und am niedrigsten in Gelsenkirchen mit 15.904 Euro.

NRW hat gerade seinen 70. Geburtstag gefeiert, aber bei der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es keinen Grund zur Freude. 2015 war NRW das einzige Bundesland, in dem die Wirtschaft stagnierte, während der Rest der Republik einen Aufschwung genoss. „Auf den Medaillenplätzen stehen Baden-Württemberg mit 3,1 Prozent, Berlin mit 3,0 und Brandenburg mit 2,7. Am Ende der Länder-Liga findet sich mit null Prozent Nordrhein-Westfalen“, sagt Paul Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Bergischen Universität Wuppertal. „Wegen gestiegener Wohnbevölkerung bedeutet dies rund -0,5 Prozent Wachstum pro Kopf. Das ist im Aufschwung ein historisches Tief für das mit 17,6 Millionen Menschen bevölkerungsreichste Bundesland. Ein Tiefpunkt, der sich wegen der Größe von NRW auf ganz Deutschland auswirkt“. Experten beurteilen auch die Zahl der Neugründungen von Unternehmen und der „Startups“ als zu gering. In NRW gibt es in weiten Teilen Westfalens und dem Bergischen Land Regionen mit einem industriellen Mittelstand, der wirtschaftlich sehr erfolgreich ist. Die Zentren Köln und Düsseldorf sind begehrte Wohn- und Verwaltungszentren. Die wirtschaftliche Schwäche des Landes liegt eindeutig in der Region an Ruhr und Emscher. Nach Zahlen des Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) lag der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung hier zuletzt nur noch bei 19,5 Prozent – und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 22,2 Prozent: „Auch die Forschungs- und Entwicklungsausgaben machten in NRW nur gut ein Drittel der Ausgaben in Baden-Württemberg aus“, erklärten die Experten des RWI. In den südlichen Bundesländern ist die Industrie ein viel stärkerer Wirtschaftsfaktor. In Bayern trägt sie gut ein Viertel, in Baden-Württemberg fast ein Drittel zur Wertschöpfung bei. Beide Bundesländer haben Nordrhein-Westfalen bei wichtigen Kennziffern inzwischen weit überholt.

Armut, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Entwicklung haben auch Einfluss auf die Gesundheit der Menschen. Die in der Berichterstattung des Landes ermittelten Zahlen zur Lebenserwartung machen regionale Unterschiede deutlich erkennbar. Wie bereits in den Vorjahren ist die mittlere Lebenserwartung bei Geburt in Bonn für beide Geschlechter am höchsten. Sie liegt bei weiblichen Neugeborenen um „1 Jahr und 6 Monate“ und bei den männlichen Neugeborenen um „1 Jahr und 11 Monate“ über dem Landesdurchschnitt. „Dagegen ist die Lebenserwartung in Gelsenkirchen für beide Geschlechter am niedrigsten“, heißt es in dem Bericht „Gemessen am Landes-

durchschnitt liegt die Lebenserwartung bei weiblichen Neugeborenen um 2 Jahre und 3 Monate niedriger, bei neugeborenen Jungen um 2 Jahre und 10 Monate niedriger“.

Im Ruhrgebiet setzt man gerne auf Kultur und Kreativwirtschaft, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung geht. Auch in Gelsenkirchen glaubt man sich auf einem guten Weg und wagt den Vergleich mit den Metropolen dieser Welt. „In Amsterdam hat sich inzwischen herumgesprochen, wie angenehm das Leben in Gelsenkirchen ist“, sagt der Leiter des Gelsenkirchener Kulturreferats Volker Bandelow. Die Kulturwirtschaft ist in vielen der 30 größten Städte in Deutschland ein bedeutender Arbeitgeber, und das sehen auch die Experten des Hamburger Weltwirtschafts-Instituts so: „In den vier deutschen Millionenstädten sind derzeit in Berlin 5,0 %, in Hamburg 5,1 %, in Köln 5,9 % und in München 7,0 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig angesiedelt – Tendenz steigend“. Demnach können Investitionen in die Kulturinfrastruktur dazu beitragen, bei Städten einen Strukturwandel anzustoßen. Allerdings kommen die Experten bei ihrem aktuellen Ranking des kulturellen Angebots zu einer anderen Einschätzung als die kommunalen Kulturpolitiker in Gelsenkirchen: „Nürnberg und Hannover machten beim diesjährigen Ranking den größten Sprung nach vorn und verbesserten sich um jeweils sieben Plätze, während die nordrhein-westfälischen Städte Wuppertal, Gelsenkirchen, Mönchengladbach und Duisburg wieder auf den letzten Rängen zu finden sind“.

Weiter so, hilft nicht mehr

Bei der rot-grünen Landesregierung heißt es trotz der bekannten Fakten fälschlicherweise immer noch: „Nordrhein-Westfalen – das sind die starken Schultern Deutschlands.“ Leider ist das Land keine „der wirtschaftsstärksten Metropolregionen Europas“, und das Ruhrgebiet ist auch keine wirkliche Metropole. Der Hinweis auf die schwierigen Industriestrukturen der Vergangenheit sind keine ausreichende Erklärung für die aktuellen Probleme und sollen wohl eher die eigenen Fehler verdecken. Da hilft auch keine teure Werbekampagne für den Standort Gelsenkirchen, wenn die Gegenwart trist bleibt und die Aussichten düster sind.

Der Artikel ist in der aktuellen Ausgabe des Stadtmagazins *isso* erschienen am 6. Oktober 2016

Michael Voregger



verantwortl.i.S.d.P.:

Karl-Heinz Mrosek
GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Impressum

Herausgeber:
GEW-Stadtverband
Gelsenkirchen
Essener Straße 88,
45899 Gelsenkirchen
Redakteur:
Karl-Heinz Mrosek

Layout: Steinchen
Druck:
Firma Blömeke SRS GmbH
Resser Straße 59,
44653 Herne
Auflage: 4.300 Exemplare

Gelsenkirchen: Der Häuserkampf

In das arme **Gelsenkirchen** sind 6200 Rumänen und Bulgaren gezogen. Manche wohnen in verfallenden Gebäuden, haben Scheinjobs und beziehen Hartz IV. Der Sozialbetrug wird von skrupellosen Geschäftemachern organisiert. Kann der SPD-Oberbürgermeister die Kontrolle zurückgewinnen?

Von Stefan Willeke

4. August 2016, 3:49 Uhr Editiert am 5. August 2016, 9:34 Uhr
DIE ZEIT Nr. 31/2016, 21. Juli 2016



Mitarbeiter der städtischen Abteilung "Recht und Ordnung" versuchen, der Lage Herr zu werden. © Maria Sturm

Wie das Leben wohl sein mag, wenn die Rumänen zu uns nach Gelsenkirchen ziehen? Das konnte sich Eckart Kuke erst vorstellen, als er abgenagte Kotelettknochen und benutzte Babywindeln aus den Fenstern eines Nachbarhauses fliegen sah. Er sah auch Transporter mit Frontscheiben voller Autobahnvignetten in der Hertastraße parken, und er sah Menschen, die Matratzen ins Haus trugen. "Da sind sie also", sagte sich Kuke, die neuen Zuwanderer aus dem Osten der Europäischen Union, und er nahm sich vor, sich auf sie zu freuen.

Eckart Kuke ist 66 Jahre alt, ein pensionierter Lehrer, der unbedingt auf einer Hauptschule unterrichten wollte, weil er sich für das Lösen von Problemen zuständig fühlte. Für die Flucht vor Problemen hatte er nie viel übrig. Jugendliche aus 21 Nationen besuchten seine Hauptschule im Ruhrgebiet. Kuke lernte junge Türken, Libanesen und Russen kennen. Er war einst aus der gepflegten Stadt Aachen ins verwilderte Gelsenkirchen gezogen, dorthin, wo jeder vierte Einwohner von Hartz IV lebt, wo die Stadtteile Schalke heißen, Rotthausen und Bulmke-Hüllen. Kuke mag diese widerspenstige Urbanität und die darin keimende Lebendigkeit, das Milieu unangepasster Typen. Seitdem aber seine neuen Nachbarn da sind, stellt sich Kuke Fragen, die er früher nie anzusprechen wagte. Zum Beispiel: "Was ist das für ein Film, in den ich da geraten bin?"

Seit dem Jahr 2014 gilt die Freizügigkeit von Arbeitnehmern in der EU auch für Bulgaren und Rumänen. 6.200 von ihnen leben heute in Gelsenkirchen: gut 4.200 Rumänen, darunter viele Roma-Familien, und fast 2.000 Bulgaren – in einer Stadt mit 265.000 Menschen. 6.200 neue Einwohner, nicht einmal

drei Prozent der Bevölkerung. Rechnet man die rund 4.000 Flüchtlinge hinzu, kommt man auf vier Prozent. Kann das schon ein Problem sein?

Gelsenkirchen ist einer der Anziehungspunkte für Bulgaren und Rumänen, weil man dort für vier Euro Miete pro Quadratmeter jede Menge Wohnungen findet und billig leben kann. Aber kommen die Zuwanderer überhaupt nach Gelsenkirchen, um dort zu leben und zu bleiben, oder tun sie etwas anderes?

Eckart Kuke kann sich darauf noch immer keine Antwort geben. Mit seiner Frau, einer Architektin, kaufte er vor 17 Jahren eine ehemalige Bonbonfabrik in einem Hinterhof und baute sie liebevoll zu einer Wohnung aus. Im Hof legte er einen Garten an, in dem er Wein und Erdbeeren anbaut.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 31 vom 21.7.2016

Die Menschen aus Rumänien, die im Sommer 2014 in das Haus auf der gegenüberliegenden Seite des Innenhofes zogen, nahmen von Eckart Kuke kaum Notiz. Wie viele wohnten nun in diesem dreistöckigen Haus, fragte er sich, 30 oder 40 Menschen? 50? Die Eingangstür stand immer offen, es war ein Kommen und Gehen. Bis in die Nächte standen die Menschen auf den Balkonen und telefonierten. Auch drinnen unterhielten sie sich, laut, sehr laut. Sie schlossen die Kabel ihrer Fernseher an die Satellitenschüssel eines anderen Hauses an. Sie ließen ihre Kinder toben und schreien, manchmal bis drei Uhr morgens. Sie warfen Müll vom Balkon. Es waren so viele Menschen im Haus, die so viel Abfall produzierten, dass die Tonnen nach kurzer Zeit überquollen.

"Ich werde hier noch verrückt. Wir stecken in einem Hexenkessel", klagte die Nachbarin Marina Ebert, eine Krankenschwester, der ein Haus unmittelbar neben dem der Rumänen gehört. "Ich habe dann etwas getan, was ich Selbstverteidigung nennen würde", sagt Kuke heute. "Ich habe es zunächst mit Sprache versucht. Sprache kann ein Zaubermittel sein."

Er ging hinüber ins Haus der Rumänen und sprach die Nachbarn auf Italienisch an. Schließlich geriet er an einen freundlichen Mann, der sich Antonio nannte und auf Italienisch antwortete. Das muss der Chef dieses Roma-Clans sein, vermutete Kuke. Wenn Antonio sprach, wurden die anderen stiller. Antonio, ein Mann mit geschliffenen Umgangsformen, schien der Organisator im Haus zu sein, so kam es Kuke vor. "Dieser Mann ist in Ordnung", hörte er Antonio über Kuke sagen, und Kuke freute sich. Kuke erklärte die deutschen Müll- und Lärmregeln. Vor den Augen eines Rumänen kippte er eine überladene Mülltonne aus und sortierte für die Nachbarn den Abfall. Anschließend glaubte Kuke, etwas erreicht zu haben, aber es änderte sich nichts.

Neue Transporter brachten neue Rumänen. Die Neuen warfen die zurückgelassenen Betten und Regale der früheren Mie-

ter aus dem Fenster, schleppten danach ihre eigenen Möbel hoch. Wovon leben die wohl?, fragte sich Kuke.

Freizügigkeit bedeutet, dass andere EU-Bürger nach Deutschland ziehen dürfen, wenn sie sich hier um einen Job bemühen. Sechs Monate haben sie Zeit, eine Stelle zu finden. Sinn des Gesetzes ist es nicht, arme Menschen zu versorgen, sondern Bürgern die Chance zu geben, überall in der EU zu arbeiten. Aber suchten diese Menschen wirklich nach Arbeit?

"Ich bin echt kein Rassist, aber ..."

Marina Ebert, die Nachbarin, versuchte herauszufinden, wem das Haus überhaupt gehört. Mit solchen Nachforschungen, die privates Eigentum berühren, tun sich auch die Behörden schwer. Die frühere Eigentümerin des Hauses, das erfuhr Marina Ebert, war schon lange tot, aber in Bochum gab es einen Nachlassverwalter. Dieser wiederum hat das Haus an einen Türken verkauft, der eine Immobilienfirma besitzt, in deren Namen das Wort Luxus vorkommt. Der neue Hausbesitzer schickte Handlanger, die die Miete manchmal bar kassierten. Wer nicht zahlte, fliege raus, hörte Marina Ebert einen Verwalter mehrmals drohen. Das war die neue Hausordnung.

"Ich fühle mich hier plötzlich fremd", sagte sie zu ihrem Nachbarn Kuke. Beide dachten daran fortzuziehen. Der überzeugte Hauptschullehrer flüchtet vor Ausländern? Für Eckart Kuke ein schwer erträglicher Gedanke. Es fiel ihm auch nicht leicht, das Ordnungsamt einzuschalten. Der engagierte Pädagoge Eckart Kuke bittet den Staat darum, seine private Ordnung wiederherzustellen? Hat sein Zaubermittel Sprache versagt? Von nun an dokumentierte seine Nachbarin die Abfallberge im Hof auf Fotos, sie sicherte Beweise. Es ist ihr noch heute anzumerken, wie unwohl sie sich in der Rolle der Schnüfflerin fühlte.

Im Februar und März dieses Jahres fuhren Autos der Kriminalpolizei mehrmals in der Hertastraße vor. Das Haus der Rumänen wurde auf den Kopf gestellt, Wohnungen wurden durchsucht. Die Hilfeschreie einer Frau aus dem Dachgeschoss waren nachts nach draußen gedrungen, für die Nachbarn hörte es sich beängstigend an. Danach passierte etwas Seltsames. Über Nacht zogen alle Rumänen weg. Das Haus stand plötzlich leer. Das könnte daran gelegen haben, dass eine Anwaltskanzlei aus Köln das Gebäude von der türkischen Firma übernommen und den Mietern angekündigt hatte, sie rauszuwerfen.

Was ging hier vor? Eckart Kuke hatte sich Bücher über das Leben der Roma beschafft, aber seine eigenen Nachbarn waren ihm ein Rätsel geblieben. Verblüfft hatte Kuke festgestellt, dass Antonio gar nicht im gegenüberliegenden Haus lebte, sondern "eine Schwester". So behauptete es jedenfalls Antonio, von dem Kuke geglaubt hatte, sie hätten sich miteinander angefreundet. Aber wo lebte dann Antonio? Eine Frau aus Antonios Clan versprach Kuke, ihn zu einer Feier einzuladen, dann verschwand auch diese Frau, genau wie Antonio. Kuke sagt: "Es ist alles so undurchschaubar."

Jeden Tag rufen Menschen die Hotline der Stadt Gelsenkirchen an und beschwerten sich über die Zuwanderer aus dem Osten. "Ich bin echt kein Rassist, aber ..." So beginnen viele ihrer Sätze. Die Klagen der Deutschtürken, die im Rathaus anrufen, ähneln sich auch. "Ich habe alles getan, was ihr wolltet.

Ich habe mich euch angepasst. Warum müssen die sich nicht anpassen?" Die Stadt hat einen Ordnungsdienst eingerichtet, dessen Mitarbeiter Uniformen tragen, auf deren Rücken der Slogan steht: "Recht und Ordnung". In Schulungen wurde den Leuten aus der Verwaltung beigebracht, wie man Handfesseln anlegt, dass man sich vor den Eingang einer fremden Wohnung mit Türspion immer nur seitlich stellt und auf seinen Fluchtweg achten muss, sobald man in eine aufgebrachte Menschenmenge gerät.

Um Ordnung wird gestritten, Ordnung in einem umfassenden Sinne, den Staat als Ordnungsmacht im öffentlichen Leben. Sozialdemokraten regieren seit Langem die Stadt. Kann die SPD die Ordnung garantieren? "Ihr könnt uns nicht die Probleme der ganzen Welt reindrücken", klagen Anrufer der Hotline.

Jeder Zuwanderer wird in Gelsenkirchen willkommen heißen, es gibt sogenannte Willkommensbesuche von Vertretern des Ordnungsamtes und der Wohlfahrtsverbände. Broschüren in rumänischer und bulgarischer Sprache werden an Wohnungstüren verteilt, auch die Mülltrennung wird erklärt. Die Geschichte der Stadt ist eine Geschichte der Zuwanderung. Hätten Ende des 19. Jahrhunderts nicht Tausende Arbeiter aus Polen in den Bergwerken der Stadt angeheuert, hätte Gelsenkirchen damals nicht zu einem Kraftzentrum der deutschen Industrie werden können. Ohne Zuwanderer wäre Gelsenkirchen nichts.

Aber die Willkommenskultur gerät unter Druck. Keine Stadt in Westdeutschland hat heute eine höhere Arbeitslosenquote als Gelsenkirchen – fast 15 Prozent. Immer wenn die neuesten Zahlen zur Armut von Kindern veröffentlicht werden – in Gelsenkirchen rund 12.000 Kinder –, rufen Fernsehsender im Rathaus an und verlangen nach Bildern von zerlumpte Mädchen und Jungen. Auf eine Stelle als Küchenhilfe, die öffentlich ausgeschrieben wird, kommen in Gelsenkirchen rund 1.300 Bewerber. Es gibt Jobs für Menschen, die sich mit Computerprogrammen auskennen, aber es gibt fast nichts für Menschen, die schlecht Deutsch sprechen und nur ihre Hände als Arbeitsmittel anzubieten haben. Für einen ungelerten Arbeiter aus Rumänien, der in Deutschland eine Stelle sucht, ist nichts sinnloser, als nach Gelsenkirchen zu ziehen. Jemand, der eine billige Bleibe sucht, jedoch nicht unbedingt Arbeit, sondern Hartz IV, findet keinen besseren Ort als Gelsenkirchen.

Fragt man Frank Baranowski, den Gelsenkirchener Oberbürgermeister und Sprecher der Ruhr-SPD, wie er auf die Zuwanderer aus dem Osten der EU blickt, dann erwidert er: "Sich darüber zu äußern ist eine Gratwanderung, besonders für einen Sozialdemokraten." Danach sagt er: "Es gibt deutliche Hinweise auf Sozialbetrug. Zum Teil geht es auch um organisierte Kriminalität." Das sei "ein Phänomen". Spricht er mit anderen Politikern über dieses Phänomen, dann fängt er sich manchmal den Vorwurf des Rassismus ein. "Aber Rassismus kann ein vorgeschobenes Argument sein, um eine notwendige Diskussion zu verhindern", sagt Baranowski.

Einmal wurde er gemeinsam mit anderen Bürgermeistern zu einer Konferenz des Bundesbauministeriums in Berlin eingeladen, um über die Schwierigkeiten mit den Zuwanderern zu berichten. Baranowski sprach von seinem Kampf gegen die Besitzer Hunderter heruntergekommener Häuser, die im Amtsjargon Schrottimobilien heißen und in denen Tausen-

de Bulgaren und Rumänen leben. Er sprach über unbezahlte Strom- und Wasserrechnungen, Immobilienhaie, dubiose Hausverwalter, Zwischenhändler und Preistreiber, den ganzen Graubereich, für den sich kein Staatsanwalt interessiert. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung schüttelte den Kopf, und Baranowski wusste nicht, ob sie ihm nicht glauben konnte oder ob sie es nicht wollte. Dabei hatte er nicht einmal den Arbeiterstrich erwähnt. Die Bezeichnung Arbeiterstrich hätte die Integrationsbeauftragte vielleicht erschreckt.

Probleme nicht kleinreden, nur weil sie von Ausländern verurteilt werden

Frank Baranowski ist ein besonnener Mensch, der sich gründlich überlegt, wie er politisch vorgeht. Zwei Dinge hat er sich vorgenommen. Über Probleme offen zu sprechen, statt sie zu vertuschen. Und die Probleme nicht kleinzureden, nur weil sie von Ausländern verursacht werden.

Im Mai 2015 richtete er im Rathaus eine Stabsstelle ein, die sich mit den Zuwanderern aus dem Osten der EU beschäftigt. In Gelsenkirchen waren bis dahin schon jede Menge Sozialarbeiter unterwegs, die sich um die Sorgen der Bulgaren und Rumänen kümmern, sie zur Schuldnerberatung begleiten, als mobiler Kindergarten in einem Wohnwagen zu ihnen ins Viertel kommen und sogar für sie einkaufen, wenn es ihnen sehr schlecht geht. Jetzt aber gibt es auch eine andere Art von Sozialarbeitern: Fahnder, die sich nicht Fahnder nennen dürfen, sondern zum Beispiel Leiter der Abteilung Wohnungswesen. Das ist Markus Horstmann. Seit zwei Jahren versucht er, sich im Gelsenkirchener Häuserkampf ein Bild von seinen Gegnern zu machen. Aber die Gegner sind wendig und ihm voraus. Seine Gegner sind nicht etwa Rumänen und Bulgaren, sondern meist türkischer Abstammung und kennen sich im Geschäft mit Schrotthäusern aus, die sie an die Zuwanderer vermieten. Als Verwalter dieser Häuser treten auch Deutsche auf. Horstmann sagt: "Auch wir hier haben Gentrifizierung, nur umgekehrt. Die Wohlhabenden gehen, die Armen kommen." Aus einem der vergammelten Häuser hatte der Ordnungsdienst im Jahr 2014 gerade noch rechtzeitig die Bewohner evakuiert und Kinderbetten ins Freie geschleppt, als drinnen die gesamte Treppe zusammenbrach. In anderen Häusern hatten Mieter Starkstromleitungen notdürftig zusammengebunden, mit Klingeldraht überbrückt und mit Tesafilm verklebt, danach durch Wasserlachen gelegt. Im Winter drehen einige Bewohner, denen das Gas abgestellt wurde, ihren Herd oder Backofen auf, um zu heizen.

Horstmann hat Schaubilder des Firmengeflechts angefertigt, das rund um die Schrotthäuser entstanden ist. Die Chefs jener Firmen, die Immobilien kaufen und oft weiterverkaufen, sind die entscheidenden Figuren in diesem System: die Dealer. Aber es gibt noch etliche andere Firmen mit anderen Chefs. Beugt man sich über einen der Pläne, glaubt man das Organigramm eines Dax-Konzerns zu sehen. Da sind eine Marketing-Gesellschaft, Reise- und Stromberater, eine Touristikfirma, ein Reisevermittler. Da tauchen Teileigentümer auf, in Grundbüchern nicht eingetragene Hausbesitzer, Spezialisten für Mietverträge, die Schwester eines Immobilienvermittlers, ein Bauservice, eine Grundbesitz GmbH, eine Management-

Gesellschaft, nein, es sind genau genommen mehrere dieser Art. Da sind Zweigstellen und haftungsbeschränkte Unternahmergesellschaften, auch in Nachbarstädten. Zwischeneigentümer treten in Erscheinung, Strohleute, auch solche, die Markus Horstmann für Teilzeit-Strohleute hält. In der übrigen Zeit arbeiten sie auf eigene Rechnung. In einer der Firmen wechselte binnen zwei Jahren 15 Mal der Geschäftsführer. Fragt man Horstmann, wie viele Schrotthäuser diese Leute besitzen, antwortet er: "Ich traue mich nicht zu zählen."

Man wird bestimmt irgendwann verrückt, wenn man versuchen sollte, dieses Dickicht zu durchdringen, und man wird wahrscheinlich sehr schnell verrückt, wenn man sich klar macht, dass dieses Schaubild nur einen kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit spiegelt. Erstaunlicherweise ist Horstmann nicht verrückt geworden, er ist bei klarem Verstand und verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: den Sumpf trockenlegen. "Noch lachen die über mich", sagt Horstmann, "ich weiß, dass die lachen. Aber ich kriege die. Ich kriege die am Ende alle." Er müsse nur den Druck erhöhen. Doch das sagt sich so leicht. Horstmann ist nicht bei der Kripo und hat wenige Befugnisse. Er würde gern Register verdächtiger Personen anlegen, aber das darf er nicht. Nicht einmal seine Kollegen aus anderen Behörden rücken Angaben heraus – Datenschutz. Weder die Kripo noch das Finanzamt arbeiten mit ihm zusammen. Solange Horstmann keine Indizien für Straftaten hat, bleiben diese Häuser Privatsache.

Einer von Horstmanns Kollegen hat sich einmal auf das Gelände eines türkischen Schrotthaus-Dealers gewagt, um mit ihm zu reden. Aber der Chef war nicht zu sprechen. Ein muskulöser Mann tauchte auf, von dem es hieß, er habe seine Fähigkeiten im Bosnienkrieg unter Beweis gestellt und habe seine Fäuste nicht unter Kontrolle. Der Besucher vom Amt verzog sich rasch.

Der Mann, der diese Firma leitet, fährt einen weißen Hummer, einen bulligen amerikanischen Geländewagen. Besucht man ihn in der Firma, berichtet er voller Stolz, dass kein Hummer weit und breit schönere Geräusche hervorbringe als seiner. "Der lauteste hier", sagt Nuhcan Yildiz. Seinen Führerschein musste Yildiz abgeben, aber er umgibt sich mit Leuten, die ihn chauffieren, manchmal bis nach Istanbul.

Yildiz betreibt seine Immobilienfirma in einem ehemaligen Bahnhofsgebäude in Gelsenkirchen-Schalke. Oft sitzt ihm eine Traube von Männern gegenüber, während Yildiz raucht, telefoniert und auf einem iPad herumtippt. Ein Billardzimmer gibt es in diesem Bürohaus, eine Tür, über der die Hörner eines Stieres angebracht sind, einen elektrischen Massagestuhl, einen Rottweiler aus Plastik und ein Aquarium mit einem kleinen Totenkopf. Auf seiner Visitenkarte wirbt Yildiz mit dem Slogan *We make your dreams come true!*, "Wir lassen Ihre Träume wahr werden!". Yildiz überlässt es einem seiner türkischen Angestellten, der in Trier Betriebswirtschaft studierte, über die Geschäfte zu reden. "In Gelsenkirchen kann man viel Geld machen", sagt der Angestellte, "der Kaufpreis eines Hauses liegt hier nur beim Sechsfachen der Nettojahresmiete. In Berlin oder Hamburg ist es mindestens das 20-Fache." Man kann es auch so ausdrücken: In Gelsenkirchen wurden kleine Eigentumswohnungen in Schrotthäusern schon für 1.000 bis 5.000 Euro verkauft, dreistöckige Mehrfamilienhäuser für 90.000 Euro.

Es gibt die Scheinfirmen, weil es Hartz IV gibt

Es komme, sagt der Angestellte, "so viel Geld herein, das glaubt man gar nicht". Investoren aus Katar wollen einsteigen, Russen, neuerdings auch Israelis. Am besten sei es, ganze Häuser zu kaufen, nicht nur einzelne Wohnungen. Über die Mieter, Bulgaren und Rumänen, verliert er nicht viele Worte. Er sagt bloß: "Die wohnen nicht. Die hausen."

Das große Geschäft der Schrotthaus-Dealer beginnt, sobald eine Zwangsversteigerung eröffnet wird. Wer im Gerichtssaal mitbieten will, muss vorher nur die Sicherheitsleistung zahlen, zehn Prozent des Verkehrswertes, 4.000 Euro, vielleicht 6.000. Mitarbeiter städtischer Ämter sitzen an manchen Tagen auch im Gerichtssaal und machen sich ein Bild. Der Höchstbietende erhält den Zuschlag, er ist der neue Hausbesitzer, muss aber den Kaufpreis nicht sofort zahlen. Das ist die entscheidende Lücke für die Schrotthaus-Dealer: Sie zahlen nicht, und nach einem halben Jahr wird vom Gericht die nächste Zwangsversteigerung angeordnet. Doch bis es so weit ist, kann der neue Besitzer bei Bulgaren und Rumänen Mieten eintreiben. Schon nach zwei Monaten rechnet sich das Modell.

Die Mieter lernen ihren Hausbesitzer nie kennen, vielleicht seinen Verwalter, der ankündigt, dass bald Männer, die sich Otto nennen oder Ali, persönlich zum Kassieren der Miete erscheinen werden. Von diesen Einnahmen zwackt dann ein Strohmann des Schrotthaus-Dealers die Anzahlung für das Gericht ab, wenn dasselbe Haus am Ende erneut versteigert wird. Auf diese Weise wechseln oft die Besitzer, die Einnahmen der Schrotthaus-Dealer steigen, und das Dickicht breitet sich aus.

Die Täter in diesem System sind also die Schrotthaus-Dealer. Die Opfer sind Rumänen und Bulgaren. So sieht es aus, aber Opfer können auch zu Tätern werden, das Dickicht ist kompliziert. Denn die Zuwanderer aus Osteuropa brauchen einen Job, um in Deutschland bleiben zu dürfen. Wie sollen sie in Gelsenkirchen eine Arbeit finden, die sie und ihre Familie ernährt? Wer kein Geld hat, kann auch keine Miete zahlen. So kommen Verbündete der Schrotthaus-Dealer ins Spiel, Scheinarbeitgeber, meist Türken, Libanesen oder Rumänen. Die Dealer und manche ihrer Verbündeten sind miteinander verwandt. Ihnen ist ein Mann aus dem Gelsenkirchener Jobcenter auf der Spur, der in der Zeitung "Mister X" heißen soll, weil er fürchtet, von einigen seiner Kunden aufgespürt und verprügelt zu werden. Mister X tut etwas, was nicht jeder seiner Kollegen tut. Er zeigt Kunden an, die ihrem Arbeitsberater drohen: "Ich stech dich ab." Im Jobcenter gründete Mister X die "Soko Scheinarbeit", als er mitbekam, dass vor den Eingängen von Arbeitsagenturen Arbeitsverträge an Rumänen und Bulgaren verkauft wurden. Wer eine Arbeit nachweisen kann, etwa einen Minijob für 400 Euro im Monat, kann einen Antrag auf "Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts" stellen, Formular HA. Das Jobcenter stockt dann das kleine Einkommen aus dem Minijob auf – bei einer sechsköpfigen Familie um etwa 1.600 Euro, abhängig vom Alter der Kinder.

Manche Rumänen, die kaum Deutsch sprechen und weder lesen noch schreiben können, bringen den perfekt ausgefüllten

Antrag HA mit, andere lassen sich von Dolmetschern begleiten, die mit den Feinheiten der deutschen Sozialgesetzbücher bestens vertraut sind. Mister X wurde stutzig. Wieso werden in Gelsenkirchen mit einem Mal Firmen gegründet, die aus dem Nichts heraus 60 bis 80 Arbeitsplätze anmelden, lauter Jobs für Hausmeister, Putzhilfen oder Maurer? Immer sind es Minijobs, die eine höchstmögliche Aufstockung des Gehalts durch das Jobcenter nach sich ziehen. Mister X fand heraus, dass viele dieser Firmen gar nicht existieren. 60 Verdachtsfällen geht er im Moment nach. Es gibt diese Scheinfirmen, weil es Hartz IV gibt.

Manche Scheinarbeitgeber zahlen den Scheinarbeitern tatsächlich Lohn, um den Schein zu wahren, lassen sich aber deren Kontokarten aushändigen und holen sich den Lohn am Geldautomaten zurück. Geht Mister X gegen dieses System vor und kappt die Zahlungen, ziehen einige Kunden vors Sozialgericht, und nicht immer gewinnt Mister X.

Dagegen richtet auch Andrea Nahles nichts aus, die Bundesministerin für Arbeit. Sie kündigte im April dieses Jahres an, bald ein Schlupfloch zu schließen. Keine Sozialleistungen mehr für Zuwanderer aus der EU, die hier keine Arbeit haben. Aber die Menschen mit den Formularen HA haben ja Arbeit, jedenfalls zum Schein.

Für andere, die weder Arbeit noch Scheinarbeit finden, bieten sich zwei Möglichkeiten: der Arbeiterstrich und die Familienkasse. Der Ort des Arbeiterstrichs wechselt öfter, mal liegt er vor einem Wettbüro, mal neben einer Bushaltestelle oder einem Café. Dort sammeln sich frühmorgens Menschen, die von einem Transporter zu Baustellen gefahren werden. Gibt es auf dem Bau wenig zu tun, werden nur ein paar ausgesuchte Tagelöhner mitgenommen, die Überflüssigen bleiben auf der Straße zurück. Vielleicht klappt es morgen, oder übermorgen.

Bei der Familienkasse in Bochum, die auch für Gelsenkirchen zuständig ist und das Kindergeld überweist, ist die Sache einfacher. Jedem Einwohner, der Kinder hat, wird das Geld ausgezahlt. "Ab dem fünften Kind lohnt sich das Leben in Deutschland", sagte eine Rumänin zu einem Mann vom Gelsenkirchener Ordnungsdienst. Um Kindergeld zu bekommen, muss man allerdings gemeldet sein. Die Anmeldung ist begehrt. Das Bürgercenter in Gelsenkirchen, das neue Einwohner registriert, ist an vielen Tagen so überlaufen, dass Geschäftemacher morgens Wartenummern ziehen und sie später für 30 bis 50 Euro an die Menschen in der Wartezone verkaufen. Die Stadt wird deshalb bald ihr System umstellen und Namen neben die Wartenummern drucken.

Hat Gelsenkirchen überhaupt ein Problem?

Wer Kindergeld möchte, muss seine Kinder anmelden. Dann wird das Geld auch rückwirkend gezahlt, bis zu vier Jahre – wenn der Mietvertrag besagt, dass man schon seit vier Jahren in Deutschland lebt. Bei vier Kindern kommen so bis zu 38.000 Euro Nachzahlung zusammen. Die Kinder müssen dafür nicht in Deutschland leben, aber es muss sie geben. "Nichts ist einfacher", sagt ein Beamter aus Gelsenkirchen, "als die Familienkasse an der Nase herumzuführen." Nur einmal im Jahr werden dort die Daten in den Computern abgeglichen.

Bis dahin erfährt die Kasse nicht, ob ein Rumäne, der Kindergeld bekommt, schon lange wieder in Rumänien wohnt.

So könnte man endlos weitermachen. Man könnte all die Tricks aufzählen, zum Beispiel den mit der Rechnung aus Holland. Versucht ein Amt in besonders krassen Ausnahmefällen, die Freizügigkeit eines Zuwanderers aberkennen zu lassen, dann genügt eine aktuelle Rechnung aus irgendeinem Bistro in den Niederlanden, um die Ausreise und erneute Einreise in die Bundesrepublik zu belegen und damit das ganze Verfahren zu stoppen. Man könnte erwähnen, dass Schein-Geburtsurkunden entdeckt wurden. Viel Schein ist entstanden, um den Staat zu schröpfen. Aber tun das die Deutschen nicht auch? Betrügen reiche Steuerflüchtlinge die Finanzbehörden nicht um ungleich höhere Beträge? Und hat Gelsenkirchen überhaupt ein Problem?

Gelsenkirchen war eine schrumpfende, überalterte Stadt. Wie bauen wir unsere Stadt zurück? Das war für Planer lange Zeit die wichtigste Frage. Die Bulgaren und Rumänen ziehen in Häuser, in denen keiner mehr leben wollte. Noch immer stehen etwa 10.000 Wohnungen in Gelsenkirchen leer. Und die Zuwanderer bringen viele Kinder mit. Die Kindergärten haben jetzt wieder Kinder, und die Schulen haben wieder Schüler. 42 Prozent der Zugezogenen sind jünger als 18 Jahre. Das Leben liegt noch vor ihnen. Wo also ist das Problem?

Es drückt sich in zwei Zahlen aus: 3.106 zu 4.599. Seit Anfang vergangenen Jahres sind 4.599 Rumänen und Bulgaren nach Gelsenkirchen gezogen, und 3.106 sind weggezogen. Die meisten sind nach wenigen Monaten oder einem Jahr gegangen – und mit ihnen die Kinder. Manchmal ziehen die Familien weiter, weil sie ihre Miete nicht mehr zahlen und vor die Tür gesetzt wurden. Manchmal, weil der Hauseigentümer sie loswerden wollte, um das Gebäude teuer an Investoren zu verkaufen. Manchmal, weil ihre Matratzen plötzlich von Verwaltern auf den Hof geworfen und verbrannt wurden. Manchmal, weil ihnen die Kontrollen durch den Ordnungsdienst missfallen haben. Manchmal, weil sie glauben, dass ihre Kinder außerhalb Gelsenkirchens bessere Berufsaussichten haben. Manchmal, weil sie merken, dass beim Betteln in der Fußgängerzone von Gelsenkirchen nur wenig zu holen ist.

Die Familien suchen dann in anderen Städten nach Arbeit, oder nach Scheinarbeit, leben eine Weile in Frankreich, Italien oder Spanien, kehren vielleicht nach Gelsenkirchen zurück, ziehen weiter. Die Globalisierung ist nach unten durchgereicht worden und hat vieles durcheinandergewirbelt, weil sie etwas Ungewohntes mitbringt: das Leben im Provisorium. Wer sich nach Ordnung sehnt, muss das Provisorium hassen.

Ordentliche Tage beginnen mit Regenschauern und enden mit Regenschauern. Unordentliche Tage beginnen mit Sonnenschein und enden mit Sonnenschein. So blickt Herbert Leipelt auf die Welt, ein Rentner, der in Gelsenkirchen-Rotthausen in einem Mietshaus lebt, das er geerbt hat. Bei Sonne sitzen die Bulgaren, die in den Nachbarhäusern leben, im gemeinsamen Innenhof, schrauben an Autos herum, reden laut, lachen und grillen, bis in die Nacht. Bei Regen bleiben sie drinnen. Das sind die Tage, die Leipelt genießt. "Regen ist gut. Ist traurig, aber ist so", sagt er. "Hömma", fuhr er einmal einen der Bulgaren an, "ich wurde hier vor 75 Jahren geboren. Ihr habt euch anzupassen, nicht wir."

Aber Leipelt weiß nicht, ob seine Worte verstanden wurden. Auch ein anderer Hauseigentümer legt sich mit den Bulgaren an, ein türkischer Nachbar, mit dem sich Leipelt gut versteht. Seit die deutschen Mieter aus den Nachbarhäusern weggezogen sind, hält Leipelt hier das letzte deutsche Haus, so sieht er das. "Nach Zwickau" sei eine Nachbarin gezogen, "von Rotthausen nach Zwickau". Das klingt, als habe Leipelt sagen wollen: Aus einem bedrohten Paradies rettete sie sich in die Hölle. Eine andere Nachbarin verbringe ihre Tage auf dem Friedhof, um dort Ruhe zu finden.

Früher war Herbert Leipelt Glasschneider, ein einfacher Arbeiter, wie es viele Menschen in Gelsenkirchen heute noch sind. Sollte Sigmar Gabriel genauer ergründen wollen, was in den sogenannten kleinen Leuten vorgeht, die der Parteilich seit Kurzem offensiv vertreten will, könnte er Herbert Leipelt besuchen. Leipelt verpasst kein Treffen seiner SPD, Ortsverein Rotthausen. Die SPD ist seine Heimat. Er beschwerte sich auch schon bei der Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, Martina Rudowitz. "Ruf mich an, wenn was ist", bat sie ihn anschließend. "Martina, ich kann dich doch nicht jeden Tag anrufen", antwortete Leipelt.

In seinen kleinen Garten gelangt er, wenn er im Hof das Tor seiner Garage öffnet, sich an seinem Auto vorbeidrückt und durch die Hintertür der Garage ins Freie tritt. Hier, in seiner Laube, fühlt er sich geschützt. Leipelt hat sich seine Ordnung selber geschaffen. Er kann sich die Ordnung nicht kaufen, weil er sich eine Putzfrau oder einen Gärtner nicht leisten kann. Hört man ihn schimpfen, dann klingt es so, als habe er etwas gegen Ausländer. In Wahrheit hat er etwas gegen Menschen, die seine Ordnung gefährden. Die Ordnung ist Leipelts Erungenschaft am Ende eines mühsamen Lebens. Deswegen nimmt er den Lärm persönlich. An Tagen, die ihn mit vielen Sonnenstunden quälen, kann es jetzt vorkommen, dass sich Leipelt fragt: "Für was bist du eigentlich noch in diesem Verein?" Der Verein ist die SPD. Im Januar dieses Jahres hatten drei SPD-Ortsvereine vor, gegen den Bau von Flüchtlingsheimen zu demonstrieren, Großunterkünfte, die fast alle in verarmten Bezirken der Stadt errichtet werden sollten. Die SPD verteilte Flugblätter und rief zum Protest auf. So etwas hatte es noch nie gegeben.

"Wir räumen das weg"

Das alles geschah nicht in Gelsenkirchen, sondern im Essener Norden, an der Grenze zu Gelsenkirchen. Es ging nicht um Zuwanderer aus der EU, sondern um Flüchtlinge aus Syrien. Dennoch war es ein Warnsignal, das auch für Gelsenkirchen galt.

Das Signal wurde wahrgenommen. Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen Parteispitze besuchte den Urheber der Aktion und riet ihm dringend: "Überlegt euch das." Stephan Duda, der Chef der SPD in Essen-Karnap, blies die Aktion ab, als er hörte, dass sich die AfD und die NPD der Kundgebung anschließen wollten. "Andernfalls hätte ich es durchgezogen", sagt er heute, "obwohl ich wusste, dass man so was als Sozialdemokrat nicht macht." Als Zeitungen darüber berichteten, erreichte ihn viele Telefonanrufe und E-Mails, die Menschen gratulierten ihm. Offenbar war ein Ventil geplatzt. Duda sagt: "Manchmal ist es nicht verkehrt, es platzen zu lassen."

Geht man in Gelsenkirchen eine der großen Straßen entlang, die nach großen Sozialdemokraten benannt sind, die Kurt-

Schumacher-Straße zum Beispiel, dann stößt man auf Internetcafés und Wettbüros, vor denen junge Männer telefonieren. Man stößt auf blau-weiß angemalte Fankneipen des FC Schalke, mit schweren Plastiktüten bepäckte Frauen, Säufer mit pockigen Nasen, viele Fenster mit matten Scheiben und ohne Gardinen, viele heruntergelassene Rollläden. Müsste man sich auf ein Wahrzeichen für diese Wohnviertel einigen, dann wären es die heruntergelassenen Rollläden. Sie alle können einem leidtun, jeder Einzelne, auch die Trickser und Gelegenheitsbetrüger und Quartalsausbeuter. Man darf sich nicht einbilden, dass ein Mafiakonzern über die Schrotthäuser von Gelsenkirchen hergefallen ist. Groß und mächtig ist hier, abgesehen vom FC Schalke, nichts. Die Unterschicht hat sich in kleinliche Verteilungskämpfe verstrickt. Die Oberklasse der Unterschicht tritt gegen die Unterklasse der Unterschicht an, um ihr Auskommen zu sichern. Sieht man von den Bossen ab, dann trifft man auf lauter armselige Geschäftemacher, die in einer Ökonomie des Elends aufsteigen wollen – Männer, die sich in ramponierten Limousinen hinter abgetönten Scheiben wohlfühlen und durch halsbrecherische Wendemanöver die Straßenbahn ausbremsen.

Sie haben etwas auf die Spitze getrieben, was man in Gelsenkirchen schon immer beherrschen musste – sich durchschlagen. Sie schlagen sich durch und schlagen deshalb einander, und die Schläge schmerzen mit jedem Mal mehr. Gelsenkirchen hat keinen boomenden Hafen wie Duisburg, keine Universität wie Bochum, keine Villengegend wie Essen. Gelsenkirchen hat nur sich selbst, getragen vom unbeugsamen Willen, einfach durchzuhalten. Gelsenkirchen ist viel zu groß, um unbeachtet zu bleiben, aber viel zu klein, um ein bedeutendes Thema zu werden. Es ist eine bewundernswerte Stadt, so tapfer, so abgekämpft, so unerschrocken, so sehr von der Vergangenheit gezeichnet, so liebenswert mürrisch, so verbissen um einen alltagstauglichen Rest von Würde balgend, große Träume beherzt unterdrückend, frei von Anflügen nutzloser Metaphysik, so illusionslos, so unverwundlich, so fabelhaft.

Dürfte sich Frank Baranowski, der Oberbürgermeister, etwas wünschen, dann wären es Abrissprämien. Dann könnte die städtische Entwicklungsgesellschaft im großen Stil aufräumen. Unter Entwicklung stellt man sich in Gelsenkirchen etwas anderes vor als in Hamburg oder München, nämlich Bagger. Sie vernichten Schrotthäuser, die von der Stadt gekauft werden und deren Renovierung sich nicht lohnt. So soll Schrotthaus-Dealern der Boden entzogen werden. Besser, man zerstört ein Haus, als es den Gegnern zu überlassen. Aber auch die Vernichtung ist eine teure Strategie. Das Geld der Stadt reicht aus, um Jahr für Jahr in drei Straßen Gebäude den Dealern zu entreißen. Es müssten hundert sein.

Drei sind aber besser als nichts. Drei sind ein Anfang. Immer öfter lässt die Stadt heruntergekommene Häuser schließen und die Eingangstüren versiegeln. Regelmäßig durchkämmen Einheiten von 20 Polizisten ganze Häuser, vollstrecken Haftbefehle und suchen nach Verdächtigen. Einmal kamen Türken und Araber aus der Nachbarschaft auf der Straße zusammen, schauten den Beamten bei der Razzia zu und applaudierten ihnen gemeinsam. Es kann jetzt sogar passieren, dass der städtische Ordnungsdienst einen Passanten auffordert, eine weggeworfene Zigarettenkippe aufzuheben. "Wir räumen das weg", sagt Oberbürgermeister Baranowski gern, und damit kann alles gemeint sein – eine Zigarette, ein Schrotthaus oder

eine Scheinfirma.

Es ist schon vorgekommen, dass die Müllabfuhr jeden Tag in eine Straße fahren musste, um den Abfall wegzuschaffen, nicht nur einmal in der Woche. Es ist auch vorgekommen, dass die Müllwerker mit Containern und Radladern anrücken mussten, um das Chaos zu beseitigen – und von Anwohnern bespuckt wurden. Aber all das ist vorbei. Die Lage hat sich gebessert. Die Republik Gelsenkirchen, an deren Spitze ein Sozialdemokrat steht, hat den Kampf um die öffentliche Ordnung aufgenommen. Noch ist nicht klar, ob sich dieser Ehrgeiz politisch auszahlt. Bei der letzten Wahl jedenfalls ist die SPD in Gelsenkirchen auf 50 Prozent gekommen. Man muss das wiederholen, weil es so unglaublich klingt: 50 Prozent.

Nachzutragen bleibt, dass mit dem Müll der Rumänen die Ratten nach Gelsenkirchen gekommen sind. Aber darf man das schreiben? Man darf es schreiben, weil es stimmt. Ratten gab es zwar immer schon und überall, aber mit einem Mal sind sie in Häuser vorgedrungen. Ließe man den Gelsenkirchener Schädlingsbekämpfer Steffen Hartmann die Geschichte seiner Stadt erzählen, dann würde er berichten, dass seine Geschäfte seit zwei Jahren plötzlich wieder glänzend laufen. In den Wohnungen vieler Schrotthäuser tummeln sich Kakerlaken. Und in den Müllbergen der Innenhöfe fühlen sich Ratten wohl. Sie sind hartnäckig. Sie bleiben, wenn die Rumänen wegziehen. Das stellte auch der pensionierte Lehrer Eckart Kuke fest. Er besorgte sich Schnappfallen und streute im Garten feinen Sand auf ein Beet, um zu erfahren, ob die Ratten dort nachts entlanglaufen. "Als Ratte wäre es mir hier immer gut gegangen", sagt er. Die erlösende Nachricht ist: Diese Auseinandersetzung hat Eckart Kuke für sich entschieden.

Buchempfehlung

Josef Hülsdünker Wie Eliten Macht organisieren

Josef Wenn du wissen willst, wie "Alpha-Journalisten" Politik gestalten statt sie kritisch zu beleuchten, wenn du wissen willst, wie die multinationalen Konzerne die europäische Altersversorgung "redimensionieren" wollen, wenn du wissen willst, wie der Neoliberalismus an der Ausschaltung der Demokratie arbeitet und warum er den Sozialstaat als Vorstufe des Sozialismus bekämpft, wenn du wissen willst, wie elitäre Macht gegen unsere Demokratie organisiert wird, und wenn du wissen willst, welche politische Bedeutung DIR zugeteilt wird, dann lies dieses Buch.



Florian Dohmen Hier die Erklärung der Kanadischen Gewerkschaften zur Ablehnung von CETA im Wortlaut:

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER KANADISCHEN GEWERKSCHAFTEN ZU CETA

15. September 2016

Kanada darf das „grundsätzlich bedenkliche“ Handelsabkommen mit Europa nicht ratifizieren

In Solidarität mit den Großkundgebungen in Europa wiederholen die unterzeichneten kanadischen Gewerkschaften noch einmal die jüngste Botschaft des Canadian Labour Congress (Dachverband der kanadischen Gewerkschaften) und seiner 3,3 Millionen Mitglieder: Das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union enthält viele fragwürdige Aspekte, weshalb wir unsere liberale Bundesregierung dringend aufrufen, CETA nicht zu ratifizieren.

Wie umstritten CETA ist, lässt sich an den über drei Millionen Europäerinnen und Europäern ablesen, die den Aufruf gegen CETA und sein Zwillingabkommen, das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit den USA, unterschrieben haben. Und der Widerstand der Europäer gegen CETA, der sich in erster Linie gegen die Investorenrechte und den mangelnden Schutz für öffentliche Dienste richtet, wächst. Diese Bedenken, die das Abkommen in Europa noch zu Fall bringen könnten, werden auf der anderen Seite des Atlantiks von kanadischen Gewerkschaften, Umweltschutz- und Bürgerrechtsgruppen geteilt.

„Wir rufen die kanadische Regierung auf, CETA nicht zu ratifizieren. Dieses Handelsabkommen ist eine Gefahr für die öffentlichen Dienst, unsere Gesundheitsversorgung und die kanadischen Arbeitsplätze“, sagte Mark Hancock, Präsident der kanadischen Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten.

„Die kanadische Ministerin für internationalen Handel Chrystia Freeland bewirbt das Abkommen zwischen Kanada und der EU als ‚progressiv‘, aber nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. CETA enthält in seiner derzeitigen Version grundlegende Mängel und begünstigt die Interessen der Konzerne gegenüber jenen der Kanadier“, fügte Ken Neumann, nationaler Direktor der Gewerkschaft der vereinigten Stahlarbeiter hinzu.

Zu unseren wichtigsten Forderungen gehören:

- **Streichung aller Bestimmungen zum Investitionsschutz:** Es besteht kein Grund, unsere öffentliche Gerichtsbarkeit zu umgehen und auf außergerichtliche Schiedsverfahren zurückzugreifen, die die Konzerne begünstigen. Der für CETA vorgeschlagene Investitionsgerichtshof bedeutet keine echte Verbesserung gegenüber dem bedenklichen Investor-Staat-Streitbeilegungssystem im NAFTA und anderen Handelsabkommen.
- **Schutz der öffentlichen Dienste vor Privatisierung:** CETA stellt eine Gefahr für unsere öffentlichen Dienste dar, da im Falle gescheiterter Privatisierungen eine Renationalisierung bzw. eine künftige Expansion öffentlicher Dienste kaum noch möglich wären.
- **Weg mit den Patentverlängerungen für pharmazeutische Produkte:** Mit dem im CETA vorgesehenen Patentschutz könnten die jährlich für unser Gesundheitssystem

anfallenden Medikamentenkosten um \$ 1 Milliarde und mehr steigen.

• **Schutz für das öffentliche Auftragswesen in öffentlichen Diensten und Sektoren:** Nach derzeitigem Stand würde das öffentliche Auftragswesen einer Regierungsbehörde bzw. eines Sektors, sofern sie nicht ausdrücklich ausgenommen sind, unter die CETA-Bestimmungen fallen. Damit werden die Rechte der Provinzen, Kommunen und anderer Einheiten beschnitten, ihre Ausgaben im Rahmen des öffentlichen Auftragswesens bestmöglich zu investieren, indem sie lokalen Gütern und Dienstleistungen den Vorzug einräumen.

• **Inklusion eines echten Mechanismus für die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte:** In der derzeitigen Version unterliegen Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte keiner sinnvollen Sanktionierung – ganz im Gegensatz zu den Bestimmungen über die Rechte der Investoren.

„Nach unserer Analyse wird CETA in Kanada den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen im Fertigungs- und Verarbeitungssektor nach sich ziehen. Außerdem sieht CETA im Rahmen des öffentlichen Auftragswesens überflüssige Einschränkungen vor, die die Regierungen daran hindern, durch eine progressive lokale Vergabepolitik dafür zu sorgen, dass die kanadische Bevölkerung von wichtigen Ausgaben im Bereich der Infrastruktur profitiert“, sagte Jerry Dias, Präsident von Unifor.

„CETA ist kein guter Handel, denn es würde die Arbeitsplätze der schwer arbeitenden Kanadier weg verhandeln“, meinte Paul Meinema, der nationale Präsident der UFCW Kanada. „Wir dürfen keine Handelsabkommen wie CETA unterzeichnen, die unausgewogen sind und nur einer multinationalen Konzernagenda dienen. Stattdessen brauchen wir ausgewogene Handelsvereinbarungen, die allen ArbeitnehmerInnen und den Sektoren zugutekommen, in denen sie arbeiten.“

Angeblich kann CETA immer noch abgeändert werden, um die oben genannten Mängel zu beheben. Wir halten das für unrealistisch.

„Diese Änderungen sind vor der Ratifizierung durch das Europäische Parlament am 21. Oktober nicht mehr möglich, weil es sich um Änderungen handelt, die an den grundlegenden Rahmenbedingungen des Abkommens vorgenommen werden müssen, und nicht in Form eines rechtlich nicht bindenden Zusatzabkommens, Briefs oder einer Erklärung“, sagte Larry Brown, Präsident der nationalen Gewerkschaft der öffentlichen und allgemeinen Beschäftigten.

„Außerdem glauben wir nicht, dass das Abkommen ratifiziert und später abgeändert werden kann, weil CETA in weiten Teilen vorläufig zur Anwendung gelangen dürfte und dadurch sofort in Kraft tritt. Bis zu einer endgültigen Abstimmung über die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente können Monate bis Jahre vergehen. Der vorliegende Text ist inakzeptabel und das Abkommen muss verhindert werden“, sagte Stan Pickthall, Generalvizepräsident der Internationalen Gewerkschaft der Maschinisten.

„Wir stehen Seite an Seite mit den europäischen Arbeitneh-

mer/innen und Aktivist/innen der Zivilgesellschaft, die in Deutschland, Österreich, Belgien und anderswo zum Widerstand gegen CETA mobilisieren, das in vielerlei Hinsicht genauso gefährlich ist wie TTIP. Die überwältigende Ablehnung in Europa hat die TTIP-Verhandlungen mit den USA zum Stillstand gebracht; CETA, so die Gegner, ist aber nichts anderes als TTIP durch die Hintertür“, fügte die Präsidentin des kanadischen Gewerkschaftsverbands der Krankenpfleger Linda Silas hinzu, die bei den Großkundgebungen gegen CETA und TTIP in Deutschland sprechen wird.

Unterzeichnet von:

Canadian Union of Public Employees (CUPE)
International Union of Machinists and Aerospace Workers (IAMAW)
National Union of Public and General Employees (NUPGE)
UNIFOR United Steelworkers (USW)
Canadian Federation of Nurses Unions (CFNU)
United Food and Commercial Workers (UFCW)

IGB kritisiert Freihandel mit afrikanischen Staaten

Freihandel nutzt vor allem den Starken. Öffnet ein schwächerer Partner seine Märkte für einen stärkeren, hat er das Nachsehen. Das zeigen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit verschiedenen Staatengemeinschaften in Afrika.



DGB/Simone M. Neumann

Alle reden von CETA und TTIP, kaum präsent sind dagegen in der Öffentlichkeit die Freihandelsverträge, die die EU vor allem mit ehemaligen Kolonien ihrer Mitgliedstaaten in Asien, im Pazifik-Raum und in Afrika abschließt. Mitte September hat das EU-Parlament erneut ein solches Abkommen zwischen der EU und sechs Ländern des südlichen Afrikas – Südafrika, Botswana, Namibia, Swasiland, Lesotho und Mozambik – ratifiziert. Mit Partnerschaft auf Augenhöhe haben diese „Economic partnership agreements“ (EPA) wenig zu tun – vielmehr nutzt der Freihandel vor allem dem wirtschaftlich stärkeren Partner, also der EU. Während die afrikanischen Staaten für ihre Exportgüter, vor allem Rohstoffe oder landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Kakao, nur geringe Preise erreichen, bedrohen mit dem Wegfall der Zölle billige Massenwaren und subventionierte Lebensmittel aus der EU die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in den afrikanischen Staaten. Um Afrikas Länder in diese Abkommen zu drängen, legt die EU gern die Daumenschauben an. Den Ländern des südlichen Afrikas hat sie ein Ultimatum gesetzt. Sollten sie bis Oktober das Abkommen nicht ratifizieren, will die EU bestehende Handelsbegünstigungen entziehen.

Kritik an der Freihandelspolitik

In einem Brief an die EU-Parlamentarier haben afrikanische Gewerkschaften gemeinsam unter anderem mit dem IGB und dem EGB dieses Vorgehen der EU scharf kritisiert. Es sei nicht hinnehmbar, dass die EU ausgerechnet auf einige der ärmsten Länder der Welt einen solchen Druck ausübe. Die im Abkommen enthaltene Entwicklungskomponente reiche nicht aus.

Das Abkommen befördere weder eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung noch enthalte es eine ausreichende Verpflichtung, die Zivilgesellschaft der afrikanischen Staaten, also auch die Gewerkschaften, einzubeziehen oder die ILO-Kernarbeitsnormen zu beachten. Kritiker der EU-Politik bemängeln vor allem, dass diese Handelspolitik der EU weitere Armutsflüchtlinge auf den Weg nach Europa zwingt, weil sie in ihren Heimatländern keine Chancen haben.

Zivilgesellschaft soll besser einbezogen werden

Einen wirklichen Politikwechsel hat diese Kritik bisher nicht ausgelöst. Immerhin hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström bei der Debatte über das aktuelle Abkommen zugesichert, dass die Zivilgesellschaft besser einbezogen werden soll. „Die eigentliche Arbeit mit dem Handelsabkommen beginnt erst jetzt“, so der SPD-Europaabgeordnete Joachim Schuster. Die EU-Kommission müsse sicherstellen, dass die Entwicklungskomponente des Abkommens, insbesondere der Mechanismus zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft, umgesetzt wird. Auch das EU-Parlament dürfe sich angesichts der Entwicklungsprobleme im südlichen Afrika nicht aus der Verantwortung stellen, sondern müsse sich regelmäßig über die Auswirkungen des Abkommens informieren.

Stichwort EPA

Economic Partnership Agreements (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – EPA) sind Freihandelsabkommen zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten (in der Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik). Seit 2002 wird über diese Abkommen verhandelt, einige sind bereits abgeschlossen, etwa mit den ostafrikanischen Staaten. Notwendig wurden sie, weil die Welthandelsorganisation WTO Handelsvorteile dieser Staaten auf dem europäischen Markt kritisiert hatte.

Links

- Brief von afrikanischen Gewerkschaften, von IGB und EGB an die Europäischen Parlamentarier wegen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und dem südlichen Afrika
- Stellungnahme zu den EPA von der Regionalorganisation für Afrika des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB-AF)
- Karte der weltweiten EU-Handelsbeziehungen
- Die EU-Kommission über aktuelle Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika
- Pressemeldung der EU-Kommission

Wenn die Schulleitung zum Gespräch bittet ...

... geht es in der Regel um alltägliche Themen wie die Planung von Veranstaltungen, Terminabsprachen oder beispielsweise Mehrarbeit. Aber es gibt auch Gespräche mit anderem Charakter.

Eine Elternbeschwerde, ein verspäteter Unterrichtsbeginn ... und es kann passieren, dass man von der Schulleitung zu einem Gespräch gebeten wird. Wenn dieses Gespräch dann noch als „Dienstgespräch“ bezeichnet wird, macht sich schnell Unbehagen breit. Diesem wollen wir durch Informationen und Hinweisen entgegenwirken.

Grundsätzliches

Zunächst einmal der Hinweis, dass Dienstgespräche mit möglichen disziplinarischen Folgen ausschließlich bei der Bezirksregierung bzw. beim Schulamt und nicht mit der Schulleitung geführt werden dürfen. Die Begleitung durch einen Personalrat, eine Person des Vertrauens oder durch einen Rechtsanwalt ist ein gutes Recht und unbedingt empfehlenswert.

Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarungen als Instrument der Personalführung gibt es im Schulbereich nicht.

Die Schulleitung ist grundsätzlich verpflichtet, bei auftretenden Konflikten oder Beschwerden ein Gespräch mit der betroffenen Lehrkraft zu führen, um den zugrundeliegenden Sachverhalt zu klären. Dementsprechend kann man ein solches Gespräch auch nicht verweigern. Die Lehrkraft hat aber das Recht im Vorfeld zu erfahren, um welches Thema es in diesem Gespräch mit der Schulleitung gehen soll. Man ist auch nicht verpflichtet einer Ad-hoc-Einladung nachzukommen. Dem kann man immer mit dem Hinweis begegnen, man möchte sich auf dieses Gespräch, da es überraschend komme, vorbereiten und ggf. eine Person des Vertrauens hinzuziehen.

Teilnahme einer Person des Vertrauens

Die Hinzuziehung einer Person des Vertrauens oder eines Rechtsbeistandes ist auch hier grundsätzlich anzuraten. Das ist das Recht jedes Beschäftigten, das sich u. a. aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn und aus dem in Art. 2 Abs. 1 GG festgelegten allgemeinen Persönlichkeitsrecht ableiten lässt. Die Person des Vertrauens unterstützt, kann eine Gesprächsnotiz verfassen und ermöglicht im Anschluss die gemeinsame Reflexion des Gesprächs und damit ggf. das Verfassen einer Stellungnahme zum Protokoll.

Unsere Erfahrungen zeigen: In Konfliktsituationen kann die Anwesenheit einer dritten Person entschärfend wirken. Schulleitungen werden darin geschult, solche Gespräche zu führen, umso mehr sollte beschäftigte ihr Recht auf einen Beistand wahrnehmen. Wünscht man die Anwesenheit einer Person des Vertrauens und ist diese nachvollziehbar zeitlich verhindert, muss das Gespräch verschoben werden.

Tipps für die Praxis:

- Frage nach dem Inhalt des Gesprächs, dem Anliegen der Schulleitung und kläre ggf. den Charakter des Gesprächs.

- Entscheide dann, ob du eine Person des Vertrauens mitnehmen möchtest.
- Vereinbare einen Termin, der es ermöglicht, möglichst gelassen in dieses Gespräch zu gehen.
- Bereite das Gespräch vor. Beziehe ggf. die begleitende Person deines Vertrauens, den Rechtsschutz der GEW aber auch den Personalrat ein.
- Kläre im Vorfeld dein Gesprächsziel, notiere dir deine Fragen.
- Frage zu Beginn des Gesprächs, ob ein Protokoll oder eine Gesprächsnotiz angefertigt wird.
- Bemühe dich um eine einvernehmliche Klärung des Sachverhalts.

Aber ...

- Man muss nicht auf alle Fragen antworten.
- Frage unbedingt nach der Herkunft von Dingen, die dir vorgehalten werden. Stelle Gegenfragen, das entlastet!
- Beantrage ggf. eine Auszeit während des Gesprächs oder bitte darum, das Gespräch zu einem anderen Zeitpunkt fortzusetzen, wenn du dich unter Druck gesetzt fühlst.
- Lasse dir das Protokoll oder die Gesprächsnotiz aushändigen und prüfe den Inhalt. Bitte ggf. um Änderungen und Ergänzungen. Wird deinen Wünschen nicht entsprochen, fertige eine Stellungnahme an und bitte darum, dass diese mit dem Protokoll in deine Handakte die in der Schule geführt wird, kommt.
- Wirst du aufgefordert ein Protokoll zu unterschreiben bestätige bitte ggf. nur die Kenntnisnahme nicht dein Einverständnis.

Hinweis: Du hast jederzeit das Recht, Einsicht in deine Handakte zu nehmen. Nach zwei Jahren müssen Einträge, wie in der Personalakte bei der Behörde (s. § 89 LBG und § 16 Disziplinargesetz des Landes NW), entfernt werden.

Quelle: also 140

Information zur Beihilfe:

Belastungsgrenze – was ist das?

Sicher ist schon so mancher bei der Überprüfung seines Beihilfebescheides über die Hinweise zur „Belastungsgrenze“ am Ende des Papiers gestoßen. Nicht wenige können damit so gar nichts anfangen

Eigenbeteiligungen sind im Beihilferecht stetig ausgeweitet worden. Mit der Einführung einer Belastungsgrenze wurde diese zumindest bei größeren Belastungen gedeckelt, wenn auch bei weitem nicht ausgeglichen.

So dürfen

- die Kostendämpfungspauschale,
- der Eigenanteil zahntechnischer Leistungen,
- und die Selbstbehalte bei Wahlleistungen im Krankenhaus (z. B. 2-Bett-Zimmer, Chefarztbehandlung)

im Kalenderjahr insgesamt 1,5 % der Bruttojahresdienst- oder Versorgungsbezüge des Beihilfberechtigten nicht übersteigen (maßgeblich ist das Vorjahr).

Zur Verdeutlichung eine kurze Beispielrechnung:

Kostendämpfungspauschale	210
Selbstbehalt zahntechnischer Leistungen*	500
Eigenbeteiligung für Wahlleistungen im Krankenhaus (Chefarzt, Zweibettzimmer)*	200

Belastung / Abzüge für ein Jahr insgesamt 910

Unsere Beispield pensionärin (A12) hat eine persönliche Belastungsgrenze von 550 € (1,5 % der ungekürzten Pension; Versorgungsabschläge bleiben außer Betracht). Da Selbstbehalte oberhalb der Belastungsgrenze nicht abgezogen werden dürfen, wird der Betrag von 360 € daher zusätzlich mit der Beihilfe ausgezahlt.

*Zu beachten ist, dass der Selbstbehalt für zahntechnische Leistungen und die Eigenbeteiligung für Wahlleistungen im Krankenhaus nur in Höhe des persönlichen Beihilfebemessungssatz berücksichtigt wird.

Quelle: also 140



Elternzeit und Beurlaubung

Rückkehr wohin?

Zum Thema Versetzung oder Rückkehr nach Elternzeit und Beurlaubung gibt es Neuigkeiten .

Im Entwurf des neuen Versetzungserlasses sind Änderungen vorgesehen, die eine gewünschte Rückkehr an die alte Schule erleichtern. Weiterhin gilt, dass während einer Beurlaubung oder einer Freistellung wegen Mutterschutz, Elternzeit oder Pflegezeit grundsätzlich keine Versetzung erfolgt. Natürlich kann während dieser Zeit ein Antrag gestellt werden, wenn die Versetzung nach Beendigung der Beurlaubung erfolgen soll.

Schon immer legte der Erlass fest, dass mit den Beschäftigten rechtzeitig vor der Beendigung der Beurlaubung oder Freistellung Beratungsgespräche zu führen sind, in denen sie über die Möglichkeiten ihrer Beschäftigung nach Rückkehr informiert werden.

Rückkehr an die alte Schule

Rückkehrerinnen und Rückkehrer, die weniger als ein Jahr beurlaubt oder freigestellt waren, kehren grundsätzlich an die bisherige Schule zurück. Das Stellen eines Rückkehrantrages

ist nicht erforderlich. Neu ist, dass **auf Wunsch der Lehrkraft das Beschäftigungsverbot (Mutterschutzfrist) aus der Berechnung der Jahresfrist ausgenommen werden kann.** Dadurch hat auch eine Mutter nach Elterngeldbezug bis zum 1. Lebensjahr des Kindes einen Rückkehranspruch an die alte Schule.

Neu soll auch geregelt werden, dass Personen, die Elternzeit und Elterngeld/Elterngeld-Plus in Anspruch nehmen, auf Wunsch auch nach Ausschöpfung des Bezugszeitraumes an die bisherige Schule zurückkehren können! Damit ist klargestellt, dass auch eine Rückkehr an die alte Schule ermöglicht werden soll, wenn die Freistellung länger als ein Jahr gedauert hat.

Wohnortnahe Versetzung

Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus einer Beurlaubung oder Freistellung von einem Jahr und mehr sind auch innerhalb der Probezeit wohnortnah und dort an einer Schule mit entsprechendem Bedarf einzusetzen. Für die Berechnung der Jahresfrist zählen die Beschäftigungsverbote vor und nach der Geburt eines Kindes gemäß des Mutterschutzgesetzes mit.

Quelle: also 140

Schulleitung-Beförderungen

Im April/Mai 2017 werden wohl die im Haushaltsplan 2017 angekündigten Beförderungen von Schulleiter*innen Grundschule und Hauptschule umgesetzt werden.

Nicht alle werden davon dauerhaft profitieren (die bereits Pensionierten eh nicht):

In seiner Einschätzung kommt Mario Sandfort als Justitiar der GEW zu folgendem Schluss:

"Ich kenne zwar noch nicht die konkrete gesetzliche Regelung, mit der das besoldungsgesetzlich geregelt wird, aber zu vermuten steht, dass der Umsetzungsakt im konkreten Einzelfall nur eine Beförderung nach § 19 Abs. 1 LBG sein kann (= "Ernennung unter Verleihung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt bei gleicher oder anderer Amtsbezeichnung").

Dann haben wir ein anderes Amt im Sinne des § 5 Abs. 3 LBeamtVG, aus dem vor dem Ruhestand mind. zwei Jahre vorher Dienstbezüge bezogen worden sein müssen, damit das dem Ruhegehalt zugrunde gelegt werden kann."

Betroffenen Kolleg*innen sollte also geraten werden -wenn es irgend geht-, erst frühestens zum 31.07.2019 in den Ruhestand zu gehen.

Es sei denn, das MSW findet noch einen Weg, wie die o.a. Vorschrift umgangen werden kann.

Hauptschulleiter*innen, die bereits A 14 haben, werden wohl nicht bessereingestuft - und Konrektor*innen hat man anscheinend vergessen.

Jürgen Gottmann

Am 11.11.2016 im Consol Theater Jubilarehrung 25 und 40 Jahre Mitglied in der GEW



25 Jahre: Mirwet Badr, Ulrike Janssen-Tautz
Günter Tuneke, Christina Wilhelm



40 Jahre: Rainer Frank, Helga Raith, Angelika Schlumberger,
Klaus Simon, Karin Weiers, Christa Willig,



Im Anschluss ein unterhaltsamer Abend mit Christian Hirdes, ein Liedermacher, Klavierkabarettist und komischer Poet und noch einem Umtrunk in der Kellerbar.

Fotos: Steinchen

**Sie möchten Mitglied bei der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft werden? Das ist eine gute Entscheidung!**



Antrag auf Mitgliedschaft im Netz unter www.gew.de/Mitgliedsantrag.html
oder in unserer Geschäftsstelle
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207 E-Mail: gew-ge@gmx.de



**Die GEW wünscht allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Neues Jahr.**

